

Nr. 3 September 2007

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft

Unsere Wirtschaft ist nicht menschengerecht!

- Kreditdrama an den Finanzmärkten
- Geldspritzen für ein krankes System
- Positive Auswirkungen fließenden Geldes

Unsere Wirtschaft ist nicht menschengerecht!

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Feststellung drängt sich immer häufiger auf. Am Nordpol will man von der Klimaerwärmung profitieren und rammt schon mal sein Fährchen in den Meeresboden unter dem (dahinschmelzenden) Polareis, wo man kostbare Ressourcen vermutet (Seite 20). In Griechenland brennt es, unter anderem weil Spekulanten auf die Wertsteigerung von

Grundstücken aus sind. Sie sollen für die Zerstörung von 150.000 Hektar Land und Natur allein in diesem Jahr verantwortlich sein.

Und auch auf den Finanzmärkten hat sich – ausgehend von dem Brandherd der faul gewordenen amerikanischen Hypothekenkredite – ein Lauffeuer entfacht, das u. a. schon auf die deutsche IKB und die in aller Eile verscherbelte sächsische Landesbank übergegriffen hat (S. 3). Die Notenbanken mussten hier Feuerwehr spielen und mit Geldspritzen das Umfeld nass halten, um eine Ausweitung zu verhindern (S. 4). Und wer sind hier die Brandstifter?

Geschimpft wird auf die naiven Amerikaner, die ohne Eigenkapital anfangen, ein Haus zu bauen, und nun ihre Kreditraten nicht mehr aufbringen können. Es wird festgestellt: Diese Leute leben über ihre Verhältnisse. Es wird nicht gefragt: In welchen Verhältnissen leben sie? Millionen werden demnächst umziehen müssen, weil ihre Häuser zwangsversteigert werden. Was ist mit den Banken, die den Leuten solche Kredite schmackhaft machen? Kre-

dite, bei denen zum Teil noch nicht mal eine Tilgung vorgesehen ist, weil das Geschäft nur mit den Zinsen gemacht wird. Was ist mit den Anlagefonds, die diese Kreditverträge dann als Geldanlage aufkaufen? Solche „Finanzmarktinnovationen“ stellen offenbar ein erhebliches Risiko dar, anstatt den menschlichen Bedürfnissen tatsächlich gerecht zu werden. 98% des Kapitals tummelt sich nur in der Finanzwirtschaft, heißt es. Wieder einmal zeigt sich, dass das alles doch auch auf die Realwirtschaft zurückschlagen kann. Jochen Sanio, Präsident des Bundesamts für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), soll intern gewarnt haben, in Deutschland drohe die schlimmste Finanzkrise seit 1931. In dem Jahr hatte die Weltwirtschaftskrise mit der Bankenkrise ihre zweite Phase erreicht, der die Reichsbank mit einer massiven Deflationspolitik begegnete. In Österreich gab es damals einen mutigen Bürgermeister, der die Not in seiner Gemeinde dadurch zu lindern verstand, dass er selbst Geld bzw. „Arbeitswertscheine“ schöpfte. „Geld“ mit anderen Regeln, das in ganz konkrete Projekte in Wörgl floss und den Menschen dort diente (S. 16). Das gleiche Ziel, die Stärkung der realen Wirtschaft vor Ort, verfolgen heute die Regiogeld-Initiativen und experimentieren mit neuen Schöpfungsmodellen, die leistungsgedeckt sein sollen (S. 6). Hier entstehen ganz reale Netzwerke sich solidarisierender Menschen, die sich wie die INWO für eine menschengerechte Wirtschaft einsetzen.

Beate Bockling

Inhalt

- 3 Kreditdrama an den Finanzmärkten
- 4 Geldspritzen für ein krankes System
- 6 Freies Geld selbst gemacht?
- 8 Grundeinkommen für alle?
- 9 Pressespiegel und Termine
- 10 INWO Deutschland
- 13 FAIRCONOMY-Spiele-Workshop 2007
- 14 INWO Schweiz
- 16 Zum Wörgler Freigeldjahr
- 18 Positive Auswirkungen fließenden Geldes
- 20 Wem gehört der Nordpol?
- 21 Buchvorstellung

Impressum

FAIRCONOMY 3. Jahrgang, Nr. 3 September 2007, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Jens Hakenes (V.i.S.d.P.), Wera Wendnagel, Beate Bockling, Anne Gensior, Roland Stebler, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

2.500 Exemplare; davon 1.250 als „f-revolution“ (INWO-CH)

Bildnachweis

Titelseite: [photocase.com/Anna-Lena Thamm/cydonna](http://photocase.com/Anna-Lena-Thamm/cydonna), Zeichnungen: Eugen Kment | eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 4: wikipedia/Thomas Richter, 5: SachsenLB, 6: Potsdamer Regional/Gerd Gschwandner, 7: regionales-wirtschaften.de/Thomas Klemm, 10: Kornelia Halach, Erich und Peter Lange, 11: Klaus Ihlau, 12: Karin Eichinger, 13: PHOTOCASE/jg_79, 14: P. Engel, 15: P. Güntert, 16: Alex Mey, 17: Untergruppenberger Institut, 19: Erich und Peter Lange, 23: Helmut Rau.

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenberg GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO Deutschland e.V., Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: +49 211 304105, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>, Konto 6010451400, GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (43060967)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für

die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Kreditdrama an den Finanzmärkten – bittere Pillen weltweit

Nach einer Woche voller Beruhigungsversuche zeichnen sich die Folgen der US-Hypothekenkrise auch in Europa immer deutlicher ab – nicht nur für Banker, Aktienhändler und Unternehmer auf Kreditsuche.

Mit riesigen Finanzspritzen wollten die Notenbanken in den ersten Tagen die Situation schnell wieder unter Kontrolle bringen. Mehr als 200 Milliarden Euro pumpte allein die Europäische Zentralbank (EZB) in den stockenden Geldkreislauf (siehe auch nächsten Artikel). Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben des Bundes liegen in diesem Jahr bei rund 270 Milliarden Euro.

Ein wenig Ruhe kehrte an den Finanzmärkten allerdings erst wieder ein, als die US-Notenbank überraschend die Leitzinsen senkte. Eine Maßnahme, die sonst nur sehr zaghaft zur Steuerung der Konjunktur eingesetzt wird, musste als starkes Beruhigungsmittel herhalten. Was in den USA und Europa wirkte, hatte in Asien kaum Erfolg. Dort waren weitere Finanzspritzen der Zentralbank nötig, nachdem es zuvor an der Börse in Japan den größten Tagesverlust seit sieben Jahren gegeben hatte. Auch in Europa hat die Krise historische Ausmaße erreicht. Zuletzt hatte die EZB nach dem 11. September 2001 ähnliche Milliarden-Infusionen angesetzt.

Doch nicht nur einzelne Finanzspekulant und Banken bekamen es – zumindest kurzfristig – mit der Angst zu tun. Langfristig müssen sich nicht nur mittelständische Unternehmen auf steigende Kreditkosten einstellen, sondern vor allem viele Otto Normalverbraucher mit den Folgen der Spekulationswut herumschlagen. Denn, so fasste SPIEGEL ONLINE das Beispiel einer allein stehenden, zweifachen Mutter aus den USA zusammen, „während sich das Kreditdrama der vergangenen Wochen an den Börsen abspielte, sitzen die wahren Betroffenen fernab, in der Provinz“.

In der US-amerikanischen Provinz geht es anders zu. In Europa werden Kredite für den Hauskauf oder -bau in der Regel nur gegen

Sicherheiten und bei vorhandenem Eigenkapital vergeben. In den USA ist es dagegen inzwischen üblich, auch mittellosen Menschen große Beträge zu leihen. Die Zeitarbeiterin aus Connecticut, über die der SPIEGEL berichtete, bekam 2005 trotz fehlender Eigenmittel 160.000 US-Dollar mit „freier Verzinsung“. Die lag anfangs bei 9,4%, die monatliche Rate bei 1600 US\$. Zwei Jahre lang ging das gut. Dann kam die Krise.

Im Mai stiegen die Zinsen für den Kredit der allein stehenden Mutter auf 12% und die monatliche Belastung auf 2000 US\$. Außerdem kündigte die Bank eine weitere Erhöhung für November an. Schon seit der ersten ist der Betrag kaum noch aufzubringen und die Zwangsversteigerung droht, die von US-Banken üblicherweise nach zwei ausbleibenden Monatsraten eingeleitet wird.

Eine Umschuldung auf einen Kredit mit niedrigerem Zinssatz ist so gut wie ausgeschlossen. Zum einen, weil durch die immer häufigeren Zwangsversteigerungen inzwischen die Immobilienpreise wieder gesunken sind und das Haus als Sicherheit damit weniger wert ist. Zum anderen, weil die Banken wegen der schlechten Erfahrungen mit der Kreditvergabe an Mittellose deutlich zurückhaltender geworden sind.

Doch die Einsicht der Banken kam spät. Viele haben in der Hoffnung auf hohe Renditen haufenweise fragwürdige Kreditpakete aus den USA übernommen. Erst musste die IKB Deutsche Kreditbank mit 8,1 Milliarden Euro von der staatseigenen KfW Bankengruppe vor der Insolvenz bewahrt werden. Einige Tage später stellte sich heraus, dass es auch der Landesbank Sachsen an Geld fehlt: 17,3 Milliarden Euro sind es hier – 2,3 Milliarden Euro mehr als der Haushalt Sachsens!

Nun ist viel von „Normalisierung“ die Rede, einem reinigenden Gewitter, das die erhitzten Spekulantengemüter und Börsen abkühlt. Das grundlegende Problem wird dabei übersehen. Für die weltweit über Jahrzehnte exponentiell angewachsenen Vermögen müssen immer neue Anlagemöglichkeiten entwickelt werden. Denn sie verlangen Renditen oder Zinsen, egal ob aus Aktien, Kreditgeschäften, Hedgefonds oder Börsenwetten wie Optionen und Bonuszertifikaten. Dank der immer größer werdenden Zahl der spekulativen Wundertüten dürfte die jüngste Finanzkrise nicht die letzte bittere Pille gewesen sein.

Jens Hakenes



Geldspritzen für ein krankes System

Dass die Auslöser der Aufregungen die Immobilienkrise in den USA und die damit faul gewordenen Kredite waren, dürfte allgemein bekannt sein. Ebenso, dass in diese Immobilienkrise auch Finanzinstitute aus dem Euroraum verwickelt sind, oft sogar über mehrere Zwischenstationen. Welche Rolle aber spielen die Notenbanken mit ihren Geldspritzen?

Das von den Notenbanken ausgegebene Zentralbankgeld (ZBG) ist die Voraussetzung aller Geldgeschäfte in Wirtschaft und Gesellschaft. Es besteht aus dem in Umlauf gegebenen Bargeld und den Zentralbankgeld-Guthaben, die den Banken von der Notenbank zur Verfügung gestellt werden. Von diesen ZBG-Guthaben können die Banken aber nicht nur bei Bedarf Bargeld abheben. Sie benötigen diese Guthaben ebenfalls zur Abwicklung aller banktechnischen Verrechnungen untereinander, auch für die Millionen täglicher Überweisungsvorgänge im Auftrag ihrer Kunden. Denn alle bankinternen Verrechnungen werden von den empfangenden Banken nur akzeptiert, wenn sie mit ZBG ausgeglichen werden. Das heißt, unsere Überweisungen vom Girokonto sind praktisch genauso wichtig wie Bargeldzahlungen.

Die von den Notenbanken ausgegebenen ZBG-Kredite, welche die Banken zur Auffüllung ihres Bargeldbedarfs und ihrer ZBG-Guthaben benötigen, werden zu rund einem Drittel für drei Monate ausgegeben, das Gros jedoch nur für jeweils 14 Tage. Da sich diese kurzfristigen Kredite in zwei Tranchen überlappen, wird in der Praxis jede Woche mehr als ein Drittel der gesamten Geldbasis wieder eingezogen und erneut herausgegeben. Dabei müssen die nachfragenden Banken jeweils ihre gewünschten Mengen und – unter Einhaltung eines vorgegebenen Mindestzinssatzes – ihre Zinsangebote nennen. Es findet also jede Woche eine Art Geld-Versteigerung statt, bei der die Notenbanken aus den Geboten der Banken Schlüsse für ihre weitere Geldpolitik ziehen können.

Wegen der mit diesen ZBG-Krediten verbundenen Zinsen, versuchen die Banken ihre

Geldaufnahmen bei der Notenbank so gering wie möglich zu halten. Ebenso sind sie bestrebt, alle Überschuss- und Fehlbeträge erst einmal auf dem Geldmarkt täglich auszugleichen, auf dem sie dieses Zentralbankgeld untereinander handeln.



Die Reaktion der Banken in Krisenlagen

Kommt es jedoch – wie im August der Fall – zu plötzlichen Zahlungsausfällen im Kundengeschäft, versuchen alle Banken aus Vorsichtsgründen ihre knapp gehaltenen ZBG-Reserven festzuhalten oder sogar auszuweiten. Denn man weiß ja nie genau, wann und wie die faul gewordenen Kredite am Ende treffen werden. Das heißt, die Banken halten sich liquide, indem sie Zahlungen und Kreditvergaben aufschieben, mit denen ja – direkt oder indirekt – ZBG aus ihren Beständen abfließen würde. Mit solchen Zurückhaltungen wiederum werden jedoch die Refinanzierungsmöglichkeiten anderer Banken am Geldmarkt verringert, woraus sich sehr rasch eine Kettenreaktion an Knappheiten entwickeln könnte. Als Folge steigen dann am Geldmarkt die Zinsen an. Zur Vermeidung der sich daraus ergebenden Gefahren stellen die

Notenbanken den Banken, bzw. direkt dem Geldmarkt – wie jetzt geschehen – kurzfristig zusätzliches ZBG zur Verfügung.

Wie hoch waren die Geldspritzen der EZB?

Wie eingangs erwähnt, war in einigen Medien von mehr als 200 Milliarden die Rede. Diese Summe kommt aber nur zustande, wenn man die zwischenzeitlichen Rücknahmen der Kreditspritzen außer Acht lässt. Denn die nacheinander gewährten Kreditbeträge von 95, 61 und 48 Milliarden wurden jeweils nur für ein oder zwei Tage ausgereicht, mussten also sehr schnell wieder zurückgezahlt werden. Dabei wurde der jeweils verbleibende Fehlbetrag durch immer kleiner werdende Beträge ersetzt. Auf diese Weise konnten die Notenbanken Spannungen am Geldmarkt Schritt für Schritt abbauen.

Die Banken haben zwar immer die Möglichkeit, jederzeit ihre Zentralbankguthaben zu überziehen. Da sie damit aber die vorgeschriebenen Mindestreserven unterschreiten, müssen sie jedoch diese Unterschreitungen bis zum Ende der jeweils laufenden vierwöchigen Mindestreserve-Periode wieder so auffüllen, dass im Perioden-Durchschnitt das Soll erfüllt wird. Darüber hinaus haben die Banken auch noch weitere Möglichkeiten, jederzeit an ZBG zu kommen. Allerdings nur zu einem Zinssatz, der einen Prozentpunkt über dem normalen Refinanzierungssatz von derzeit vier Prozent liegt. Um diese Mehrkosten zu vermeiden, greifen die Banken – wenn überhaupt – nur in Ausnahmefällen und fast nur für Übernachtskredite auf diese freien Möglichkeiten zurück. Die jetzt zusätzlich eingeräumten Geldspritzen wurden dagegen



zu den Sätzen der normalen wöchentlichen Refinanzierungen ausgegeben, die bei knapp über vier Prozent liegen.

Hat es ähnliche Situationen schon einmal gegeben?

Geldspritzen wie in diesem August haben die Notenbanken bisher schon mehrmals den Banken zukommen lassen. So z. B. nach dem Terroranschlag im September 2001, aber auch bei der Ostasienkrise oder den Angriffen der Großspekulanten auf Pfund und Franc Anfang der 1990er Jahre. Die Notenbanken sind also in der Lage, Stockungen auf den Geldmärkten durch solche Einschüsse von ZBG kurzfristig auszugleichen, um damit den Geldfluss in Bewegung zu halten. Mit dem Auslöser dieser Stockungen, nämlich den faul gewordenen und noch werdenden Immobilienkrediten, haben diese Geldspritzen aber nichts zu tun. Diese Verluste können nur von den Banken selbst aufgefangen werden, notfalls mit Hilfe ihres Eigenkapitals oder des Sicherungsfonds, den die Banken gemeinsam gefüllt haben. Reicht das nicht, drohen Bankenpleiten, bei denen aber – zumindest die normalen kleineren – Einlagen abgesichert

bleiben. Notfalls würden staatliche Banken oder Kreditsicherungen einspringen, wie kürzlich bei der IKB die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Das aber heißt, auf diesem Wege würden letztendlich die Steuerzahler für die Verluste gerade stehen.

„Wer aber nicht herangezogen wird, sind die Geldgeber, die über Jahre hinweg die Kreditnehmer zu hohen Zinszahlungen gezwungen haben und damit die eigentlichen Verursacher der Krisen sind!“

Würde man sie ins Gespräch bringen, würden diese erschrecken ihr Geld vom Markt zurückziehen, was sofort die Zinsen höher treiben würde!

Die Notenbanken haben mit den Ersparnisbildungen und den daraus gewährten Kreditvergaben nichts zu tun. Sie müssen nur dafür sorgen, dass für alle diese Geschäfte jeweils genug Tauschmittel zur Verfügung stehen. Die Größe der damit getätigten Geschäfte hängt dagegen von der Häufigkeit der Benutzung des Tauschmittels Geld ab. Das heißt, so wie die Umsätze in den Läden können auch die Ergebnisse dieser Geldnutzungen bei den Banken, also die Ersparnis- und Kreditbestände, ständig weiter wachsen, auch bei gleich bleibender Geldmenge!

Auf diese Weise sind die Einlagen der Bankkunden in Deutschland von 15,4 Milliarden

1950 auf 5.517 Milliarden Euro 2005 angestiegen, und die daraus gewährten Bankkredite von 14,4 auf 4.824 Milliarden, also auf rund das 350-fache! Das von der Bundesbank ausgegebene Zentralbankgeld – also Bargeld und Guthaben bei der Bundesbank – stieg dagegen in den 55 Jahren von 5,1 auf 186 Milliarden Euro und damit „nur“ auf das 37-fache an!

Diese Scherenöffnung zwischen Geldversorgung und der Entwicklung der Geldvermögen, die hauptsächlich durch die ständig positiven Zinsen bedingt ist, könnte den Notenbanken bei der Beherrschung von Krisen zunehmend Schwierigkeiten bereiten. Denn ihr „Hebel“, die tatsächliche Geldmenge, wächst ja „nur“ im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung und wird damit im Verhältnis zu den Geldvermögen und den Geschäften auf den Finanzmärkten relativ immer kleiner! Das heißt, die Notenbanken werden eines Tages als Nothelfer überfordert sein. Bremsen man diese Eskalation der Geldvermögen nicht endlich ab, müssen also mit jeder Krise die Kollapsgefahren für das gesamte Finanzsystem zwangsläufig zunehmen.



Helmut Creutz, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ (2001). Im Jahr 2004 sind „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ erschienen.

Freies Geld selbst gemacht?

Ein immer wieder kontrovers diskutiertes Thema in der geldkritischen Szene ist die Geldschöpfung. Unterschiedlichste Ansichten treffen hier aufeinander. Ein Blick in die experimentierfreudige Regionalgeld-Szene kann helfen, die Gedanken in neue Richtungen zu lenken: Weg von der Frage, wie es bislang ist, hin zu der Frage, wie es künftig sein könnte!

Für geldreformerische Ansätze ist ja genau das entscheidend: Wie schöpfen wir künftig Geld? Für mich ist diese Frage deshalb besonders wichtig, weil sie uns zu der Frage führt: Wer hat eigentlich ein Recht, Geld zu machen? Wer legitimiert die „Geldschöpfer“? In einer demokratisch organisierten Gesellschaft dürfte diese Frage eigentlich schnell klärbar sein, denn die Herrschaft des Volkes (griechisch: demos = Volk, kratia = Herrschaft/Kraft) sollte natürlich vor der Ökonomie nicht Halt machen!

Realwirtschaft mit Geld versorgen

Die Regionalgelder zeigen uns derzeit, dass sich einzelne gesellschaftliche Gruppierungen selbst das Recht zugestehen, Zahlungsmittel zu schaffen. Gerade in Zeiten, in denen die Notenbanken weltweit frisches Geld vor allem zur Stützung der Finanzmärkte bereitstellen (siehe aktuelle Finanzkrise) und eben jene Finanzmärkte mit der Kreditvergabe zunehmend restriktiver agieren, gerade in solchen Zeiten wird es wichtiger zu klären, wie die Realwirtschaft mit Geld versorgt werden kann.

Deutlich wird zudem: Wenn sich Menschen die Macht zur Geldschöpfung nehmen, so können sie ihr Geld natürlich nach ihren Vorstellungen gestalten – Befürworter einer Geldhaltegebühr dürften aufhorchen!

Eurodeckung oder Leistungsdeckung?

Die Regionalgelder zeigen nicht nur, dass Geld gemacht werden kann, sie zeigen auch, wie dies geschehen kann. Das wohl bekannteste und gern kopierte Modell – der Chiem-

gauer – verkauft vereinsintern Regionalgeld gegen Euro. Streng genommen entsteht kein zusätzliches Geld, wenn Euros aus dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden, um Regios in Umlauf zu bringen.

In Regionen und Zeiten, wo Euros für diese Anstoßhandlung knapp sind, ist diese Methode (genannt „Eurodeckung“) hürdenreich. Es haben sich deshalb andere Modelle entwickelt, die unter dem Stichwort „Leistungsdeckung“ agieren. Besonders leicht erklärbar finde ich das Modell, mit dem die „Havelblüten“ in Potsdam in die Welt gesetzt werden und das im Folgenden dargestellt werden soll.

Regionale Wirtschaft stärken

Regionalgeld ist bekanntlich ein Zahlungsmittel, das nur für eine bestimmte Region konzipiert wird. Erlöse in Regionalgeld müssen immer wieder in derselben Region ausgegeben werden, in der sie erzielt wurden.

Dies fördert den (ortsnahen) Absatz regionaler Produkte und Leistungen, bindet die Kaufkraft an die Region und stärkt durch die Stimulierung regionaler Wirtschaftskreisläufe ihre Wirtschaftsstruktur.

Dabei gilt jedoch: Regionalgeld ist ein freiwillig einsetzbares Werkzeug. Niemand wird gezwungen, es als Zahlungsmittel

zu akzeptieren. Das bedeutet andererseits, dass die Initiatoren regionaler Währungen immer versucht sind, neue Akzeptanten für ihr regionales Unternehmensnetzwerk zu finden und sie in das Netz zu integrieren.

Beispiel Havelblüten

Die Administratoren der Havelblüten legen jedem interessierten Unternehmen einen Vertrag vor. Der Unternehmer verpflichtet sich in diesem Vertrag, einen von ihm selbstgewählten Prozentsatz der Kaufsumme von jenen Kunden auch in Havelblüten zu akzeptieren, die dieses Zahlungsmittel nutzen. Jeder Unternehmer kann wählen, ob er von diesen Kunden beispielsweise bis zu



10% oder bis zu 30% oder gar bis zu 100% der Kaufsumme in „Havelblüten“ akzeptiert – und den Rest in Euro verlangt.

Diese Regio-Quote ist nun die Grundlage für den Geldschöpfungsvorgang: Bei 30% Akzeptanzquote erhält der Unternehmer (wenn er dies möchte!) 300 Havelblüten, bei 75% 750 Havelblüten. Dieser zinsfreie Kredit muss dann zurückgezahlt werden, wenn der Unternehmer seine Akzeptanzquote senkt. So lange er das nicht tut, kann er mit der frischen Liquidität arbeiten, kann Lieferanten bezahlen oder Investitionen tätigen, die ihrerseits mit dem zusätzlichen Umsatz einkaufen gehen, wodurch der Nächste in der Wirtschaftskette in die Situation versetzt wird, Geld gegen Leistung einzutauschen.

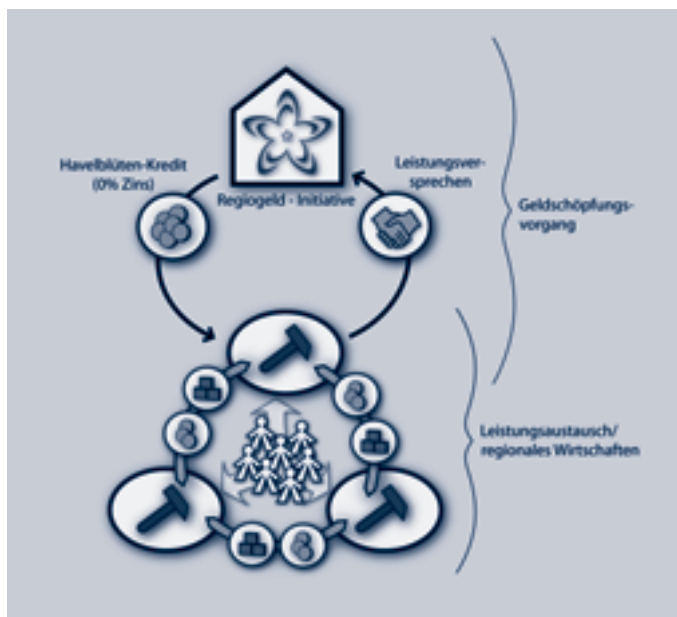
Sie alle tun dies mit „selbstgeschöpftem“ Geld, welches zuvor nicht vorhanden war – Geld, das durch eine gegenseitige Kreditvergabe der Unternehmer untereinander entstand, koordiniert durch den Regiogeld-Verrein.

Regiogeldschöpfung an Arbeitskraft koppeln

Ist dies „gesund“? Führt dies nicht zu Inflation oder öffnet der Geldschöpfung wie in Notgeld-Zeiten Tür und Tor? Ich meine nein. Inflation ist eine durch ein Missverhältnis zwischen Geldmenge und Leistungsmenge ausgelöste Preissteigerung. Im Havelblüten-Modell steht jeder herausgegebenen Havelblüte der Unternehmer mit seiner Leistungskraft gegenüber.

Genau dazu verpflichtet er sich mit der Unterschrift unter die Selbstverpflichtung, eine selbstgewählte Akzeptanzquote beim Kaufpreis in Regionalgeld zu akzeptieren und seine eigene Leistung im Tausch dafür herzu-

Die Redaktion teilt zwar viele, aber nicht alle Auffassungen des Autors, insbesondere nicht im Hinblick auf die beispielhaft dargestellten Regeln des Havelblüten-Netzwerks. Dennoch wollten wir ungern auf diesen inspirierenden, Mut machenden Text verzichten. Wir haben uns entschieden, diesen Artikel abzudrucken, weil wir uns eine offene Diskussion über die Möglichkeiten und Begrenzungen der Regiogeld-der wünschen.



Geldschöpfung am Beispiel Havelblüte, Grafik: Thomas Klemm, <http://www.regionales-wirtschaften.de>

geben. Anders als in den bekannten Geldsystemen wird die Menge des Geldes damit direkt an die Leistungskraft der Menschen (und nicht an die Größe ihres Besitzes) gekoppelt. Daher der Name dieser Modelle: „Leistungs-gedecktes Geldsystem“.

Die Havelblüten-Initiative hat den Geldschöpfungsvorgang erweitert und damit der kleinsten wirtschaftlichen Einheit eine besondere Bedeutung verliehen: dem Menschen und der menschlichen Arbeitskraft. Aus der Erkenntnis heraus, dass nur jene Dinge kaufbar sind, die zuvor produziert wurden, und nur jener Wohlstand nutzbar ist, der zuvor geschaffen wurde, aus dieser Erkenntnis heraus erhält der Unternehmer den beschriebenen Havelblüten-Kredit für jeden Mitarbeiter! Eine Akzeptanzquote von 30% bringt einem Unternehmen mit 10 Mitarbeitern (und einer entsprechenden Leistungsfähigkeit) also 3.000 zinsfreie Havelblüten, die innerhalb des Havelblüten-Netzwerkes verwendet werden können.

Da jedes Unternehmen innerhalb des Netzes Havelblüten akzeptiert, kann jedes Netzwerkmitglied bei jedem anderen einkaufen – und die Unternehmen stehen gemeinsam mit ihren Mitarbeitern letztlich mit ihrer eigenen Leistungskraft hinter ihrer eigenen Währung.

Überregionale umlaufgesicherte Zahlungsmittel

Inspiziert von freiwirtschaftlichen Ideen, ist die Havelblüte natürlich mit einer Geldhaltegebühr umlaufgesichert, welche durch Ablaufmarken realisiert wird. Dass den Initiatoren ihre eigene Idee langsam „zu klein“ wird,

führt dazu, dass man nach Kooperationen im nahen Umfeld sucht. Vermutlich können Havelblüten-Nutzer künftig auch im Urstromtaler-Land (Sachsen-Anhalt) einkaufen.

Aus dieser Tendenz zur Überregionalität ergäbe sich eine Chance für die geldkritische Szene; denn was ist ein freies Geld letztlich, wenn nicht ein zwischen Wirtschaftsakteuren akzeptiertes, umlaufgesichertes Zahlungsmittel? Es zeigt sich, dass die Hoffnung auf eine politische Umsetzung freiwirtschaftlicher Ideen um eine weitere Strategie ergänzt werden könnte: den Aufbau eines eigenen überregionalen Netzwerkes sympathisierender Unternehmen, die untereinander ein umlauf-



Norbert Rost, Baujahr 1976, von der Wende geprägter Wirtschaftsinformatiker und selbstständiger Unternehmer

gesichertes Zahlungsmittel für den Leistungsaustausch nutzen. Wie man solch ein Geld schaffen könnte, das zeigen die Erfahrungen der regionalen Gelder. Warum also darauf warten, dass die große Politik den Euro umlaufaufsichert?

Weitere Informationen gibt es im Internet:

- Potsdamer Havelblüten: <http://www.havelblueten.de>
- Regiogeld-Verband: <http://www.regiogeld.de>
- Regionalgeld: <http://www.regionales-wirtschaften.de>

Grundeinkommen für alle?

„Das Diskussionsniveau bei dieser Tagung war beeindruckend.“ Diese Aussage gibt treffend die Stimmung des viertägigen Seminars (17.-20.05.2007) in Birkenwerder bei Berlin wieder, wie Alwine Schreiber-Martens vom Vorstand der INWO berichtet.

Ralf Welter, Betriebs- und Volkswirt, hat Erfahrung mit Tagungen: Seit einigen Jahren stellt er das Grundeinkommensmodell der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) vor. Es schlägt Lösungen für gravierende, sich verstärkende Fehlentwicklungen im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich vor. Und entsprechend offen und interessiert war er auch für unsere Lösungsvorschläge. Er hatte bisher noch fast nichts davon gehört.

Ähnlich offen zeigte sich auch der andere externe Referent des Seminars: Ronald Blaschke, Philosoph und Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen. Zum einen ist er vielleicht der beste Kenner der verschiedenen Finanzierungsmodelle, da er bereits 2005 einen umfassenden Vergleich vorgelegt und ihn 2007 überarbeitet hat.



Die INWO Deutschland ist Mitglied des Netzwerks Grundeinkommen.

„Im Prinzip versteht die Konzepte sowieso nur der Autor!“, meinte er augenzwinkernd als Warnung an die „Laien“. Zum anderen stellte er überzeugend die menschenrechtlichen Grundlagen dar, aus denen die gesellschaftliche Aufgabe erwächst, die Bedingungen so zu gestalten, dass für jedes Mitglied der Gesellschaft bedingungslos und existenzsichernd ein kontinuierliches Einkommen fließt.

Das Interesse dieser beiden an unseren Konzepten wurde sicher auch durch die umfassende Einführung von Roland Geitmann geweckt, der dabei die Verbindungen zu Bodenreform und fließendem Geld andeutete. Günter Moewes stellte in seinem Vortrag „Befreiung von Qualarbeit – Jahrtausendtraum der Menschheit“ die Diskrepanz zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit in der heutigen Welt fast schmerzhaft deutlich dar.

Gibt es ein greifbares Ergebnis des Seminars? Zuerst sicher der Erkenntnis- und Wohlfühlgewinn aller Teilnehmenden. Dazu hat auch die Veranstaltung am Samstagabend beigetragen: „Sich fügen heißt lügen“ lautete der Titel. Klaus Hugler las aus Texten von und über Erich Mühsam, der 1934 von den Nazis im KZ Oranienburg ermordet wurde. Isabel Neuenfeldt sang vertonte Texte von ihm und

spielte dazu auf dem Akkordeon. Dieses Portrait des Schriftstellers und Anarchisten war sehr berührend.

Werner Onken hat mit exzellentem Gespür diese Abendveranstaltung und das ganze Seminar organisiert. So konnte es gelingen, dass die üblichen Fronten bei der Diskussion des Grundeinkommens – „Leistungsgerechtigkeit“ versus „Teilhabegerechtigkeit“ – hier zu fruchtbarem Weiterdenken geführt haben. Es wurde deutlich, dass die Ideen der „FAIRCONOMY“, also Weiterentwicklung und Verallgemeinerung des Bodenreformgedankens und des Vorschlags des fließenden Geldes, genauso wie die Grundeinkommensidee Reformprojekte sind, die sich gegenseitig bereichern und befördern. Dazu wird auch der gute Kontakt, der zwischen den internen und externen Referenten entstand, beitragen.

Fotos, weitere Informationen und Dokumente:
<http://www.Sozialökonomie.info>
<http://www.archiv-grundeinkommen.de>



Standpunkt 3 „Ein Grundeinkommen für alle – aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen“, vier DIN A4-Seiten, schwarz-weiß, Einzelpreis: 0.50 €, 10 Stück inkl. Porto: 4 €

Pressespiegel

Spätestens in vier Jahren will Bundesfinanzminister Steinbrück laut **Deutsche Welle online** (02.07.2007) keine neuen Schulden mehr machen und sogar Überschüsse erwirtschaften. Andere sind sogar noch optimistischer. Der „Wirtschaftswoche“ Bert Rürup geht davon aus, dass der Bund früher ohne neue Schulden auskommt. In einem Entwurf des Finanzministeriums ist von einem „Meilenstein“ die Rede: „Mit einem Teil des Überschusses soll der Schuldenberg des Bundes von rund 900 Milliarden Euro dann von 2011 an abgebaut werden. Möglich wird dies durch weitere Steuermehreinnahmen, die aus Sicht Steinbrücks mit fast 92 Milliarden Euro noch üppiger ausfallen könnten als zuletzt erwartet.“ Die alte Regierungskoalition aus SPD und Grünen hatte zeitweilig ähnlich euphorisch geklungen. Der damalige Finanzminister Eichel hatte für 2006 einen ausgeglichenen Haushalt angekündigt und machte am Ende neue Schulden in Rekordhöhe. Tatsächlich ausgeglichen war der Bundesetat laut Deutsche Welle zuletzt 1969.

Der „Steuerzahler-Gedenktage“, der Tag, bis zu dem der durchschnittliche Steuerzahler nur für die Steuern und Abgaben gearbeitet hat, fiel in diesem Jahr auf den 13. Juli. Auch heute.de berichtete mit einem Beitrag der

Presseagentur dpa darüber, vor allem über die Kritik an der Rechnung des Steuerzahler-Bundes. „Übersehen wird, dass das Geld in Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Rentenkassen, Polizei oder den Abbau der Schulden von 1500 Milliarden Euro fließt.“

Vom Abbau der Schulden kann jedoch überhaupt keine Rede sein – im Gegenteil: Es werden ständig mehr, wie ein Blick auf den Schuldenticker der INWO-Internetseiten zeigt! Frühestens 2011 sollen keine neuen Schulden mehr gemacht werden, danach soll der Abbau beginnen – was schon mal angekündigt wurde und nicht gelang. Schon jetzt ist der „Schuldendienst“ der zweitgrößte Posten des Bundeshaushalts und damit einer der Hauptgründe für die große Abgabenlast. Wegen der nun wieder steigenden Zinsen wird sich daran auch nichts ändern. Dagegen müsste mehr getan werden.

Die bisher bekannten Zahlen zur Kinderarmut waren schon schlimm. Nun gibt es aktuelle, die noch erschreckender sind. Die überregionale Tageszeitung **Frankfurter Rundschau** berichtet am 16.08.2007, dass fast zwei Millionen Kinder in Deutschland von Hartz IV leben. Das entspricht etwa 17 Prozent der rund 11,5 Millionen Kinder in Deutschland: „Der Kölner Armutsforscher Christoph Butterwegge

erklärte den traurigen Rekord damit, dass die konjunkturelle Belebung des Arbeitsmarkts 'vor allem an den alleinerziehenden Müttern vorbeigeht, weil die Arbeitgeber an deren flexiblem Einsatz zweifeln'. Dies bestätige, dass 'Hartz IV' eine 'Rutsche in die Armut' sei.“ Ein weiterer Grund ist die ständige, systembedingte Umverteilung von Arm zu Reich.

Kanadische Forscher haben einen Zusammenhang festgestellt, der „auf den ersten Blick“ überrascht – einige zumindest. Laut Artikel des **Internetmagazins Telepolis** vom 17.05.2007 haben die Wissenschaftler herausgefunden, dass ökonomische Ungleichheit die Artenvielfalt gefährdet. Das Fazit eines der Forscher: „Die Studie legt nahe, dass wir, wenn wir ökonomische Ressourcen mit den anderen Kollegen aus unserer Spezies besser teilen können, auch lernen könnten, die ökologischen Ressourcen mit anderen Spezies fairer zu teilen.“ Ein Grund mehr für die FAIRCONOMY! Machen Sie mit, indem Sie aktiv werden, spenden oder Mitglied werden.

Termine

22.-23.09.2007

Reinhardswaldschule,
Fuldatal-Simmershausen (bei Kassel)

Mündener Gespräche

Tagung „Stärkung der Realwirtschaft durch
Entscheidung der Finanzmärkte“ der
Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Infos: SG.Lindner@t-online.de,
Telefon: +49 55 03 80 53 89

27.09.2007, 19.30 Uhr

Jena, Melanchthonhaus, Hornstr. 4

Klimaprobleme und Umgang mit globalen Ressourcen

Vortrag von Fritz Andres

28.09.2007, 19.30 Uhr

Jena, Melanchthonhaus, Hornstr. 4

Macht wirtschaftlicher Wettbewerb die Menschen zu Feinden?

Vortrag von Fritz Andres

27.9./04./11./18.10./08./15.11., 18 Uhr

Hildesheim, Mehrgenerationenhaus/Steingrube

Vortragsreihe

mit Georg Otto und anderen Referenten

Infos: alternativen-dritter-weg@t-online.de,
Telefon +49 50 65 81 32

01.10.2007

Salzgitter-Lebenstedt, VHS/alte Feuerwache

Wörgls Rettung vor 75 Jahren – Beispiel für Kommunen heute?

Vortrag von Georg Otto

Infos: alternativen-dritter-weg@t-online.de,
Telefon +49 50 65 81 32

12.-14.10.2007

Kassel, Heinrich-Schütz-Schule

Bundes-Tauschring-Treffen

Unter dem Motto „Vielfalt, Teilhabe, Menschenrechte
– Tauschringe gestalten Zukunft“ gibt es u.a. eine
Podiumsdiskussion zum Thema Recht und Steuern mit
Hans Eichel, Bundesfinanzminister a.D.
Infos: <http://AG-TR-Dialog.carooke.de>

23.-25.11.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

Einführung in die FAIRCONOMY

INWO-Seminar mit Helmut Creutz und Klaus Popp

Infos: Klaus.Popp@INWO.de,
Telefon: +49 211 30 41 05

07.-09.12.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

FAIRCONOMY-Vertiefung

INWO-Seminar mit Helmut Creutz und Klaus Popp

Infos: Klaus.Popp@INWO.de,
Telefon: +49 211 30 41 05

15.10.2007, 19 Uhr

Bern/Schweiz, AKI, Alpeneggstr. 5

Treffen INWO Bern

Infos: Bern@INWO.ch,
Telefon: +41 62 8228486

17.12.2007, 19 Uhr

Bern/Schweiz, AKI, Alpeneggstr. 5

Treffen INWO Bern

Infos: Bern@INWO.ch,
Telefon: +41 62 8228486

Viele weitere Details & Veranstaltungen finden Sie im Internet unter <http://www.INWO.de/Termine>
und <http://www.INWO.ch>.

INWO @ attac-Sommerakademie 2007

Rund 800 Menschen haben die 15 Podiumsdiskussionen, 50 Vormittagsseminaren und 90 Workshops der zentralen Bildungsveranstaltung des globalisierungskritischen Netzwerks besucht. Die INWO, ebenfalls attac-Mitglied, war vertreten durch Kornelia Halach, die an allen vier Tagen einen Infostand betreute, und durch unseren 1. Vorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Berger, der am Freitag auf Einladung von attac zum Thema „FAIRCONOMY statt Monopoly“ referierte und diskutierte.

Erfreulich und interessant in Sachen FAIRCONOMY waren außerdem einige Entwicklungen, die bei der attac-Sommerakademie vom 01. bis 05. August 2007 in Fulda zu beobachten waren.

Beim Abschlussplenum wurde deutlich, dass sich attac nach dem G8-Gipfel von Heiligendamm neu ausrichtet. Sven Giegold, einflussreicher attac-Mitbegründer, sprach sich dafür aus, den Kapitalismus deutlicher als Problem zu benennen. Globalisierungskritik sei schon immer Kapitalismuskritik gewesen. Es sei nun an der Zeit, den Kapitalismus nicht mehr mit Neoliberalismus zu umschreiben, sondern direkt beim Namen zu nennen.

Giegold möchte, dass attac nicht mehr nur gegen Privatisierung kämpft (wie aktuell mit der Bahn-Aktion – siehe nächste Seite), sondern auch die Eigentumsfrage stellt und beispielsweise die Aneignung der Stromnetze fordert. Für den Schritt von der Privatisierungs- zur generellen Kapitalismuskritik müsse zudem die Demokratiefrage gestellt und die Gewinnlogik auch bei staatlichen Unternehmen

hinterfragt werden. Außerdem geht es laut Giegold nicht darum, wieder zurück zum (vermeintlich guten) alten Kapitalismus zu wollen, sondern neue Formen zu fordern, beispielsweise mit Hilfe von Genossenschaften oder auch regionalen Währungen.



Bemerkenswert ist auch die Gründung einer neuen bundesweiten attac-Arbeitsgruppe. Nachdem es im vergangenen Jahr in Berlin einen Kongress zur Solidarischen Ökonomie gegeben hat (u.a. mit einer Debatte von Elmar Altvater und INWO-Vorstandsmitglied Alwine Schreiber-Martens, siehe FAIRCONOMY 1 und 2/2007) ist nun die passende AG entstanden. Auch hier bieten sich für die Idee der FAIRCONOMY viele Möglichkeiten zum Anknüpfen.

Eintrag in die Mailingliste der attac-AG per E-Mail an: attacSO@solidaritaet-gmbh.de
Infos zu Kongress & Debatte: <http://www.INWO.de/SO>

INWO @ Kirchentag 2007

Ein mit ehrenamtlichen Mitteln perfekt gestalteter INWO-Stand zwischen Gesell-Allee, Creutz-Platz und Kennedy-Straße, hochmotivierte Referenten und Standbetreuende haben beim 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag die FAIRCONOMY bekannt gemacht.

Das Räderwerk auf der einen, die Zinsbombe auf der anderen Seite, dazu beeindruckende Grafiken – den Besu-

chern des INWO-Standes auf dem Kirchentag in Köln bot sich vom 07. bis 09. Juni ein interessantes und vielseitiges Bild. Gemeinsam mit befreundeten Organisationen und Einrichtungen wie dem Regionetzwerk, CGW und der Humanwirtschaftszeitschrift haben wir spannende Alternativen aufgezeigt und viele neue Interessenten gewonnen. Fritz Andres (SffO), Prof. Dr. Wolfgang Berger und Klaus Popp haben in Vorträgen die Hintergründe erläutert.

Im Hauptprogramm des Kirchentages waren wir dagegen nicht vertreten – eine Möglichkeit zur Verbesserung unseres Auftritts, der ansonsten nur ganz wenige Wünsche offen ließ. Wir freuen uns über alle, die uns dabei unterstützen möchten – egal ob als Mitglied, mit einer Spende oder anderweitig!

Weitere Fotos und einen ausführlichen Bericht gibt es unter <http://www.INWO.de/intern>.

Alwine Schreiber-Martens



1. FAIRCONOMY-Seminar in Stuttgart

Gemeinsam mit den INWO-Mitgliedern vor Ort möchten wir verstärkt bundesweite Angebote machen und damit mehr Seminare außerhalb von Wuppertal anbieten. Die Stuttgarter Regionalgruppe der INWO hat dazu ein erfolgreiches Modellprojekt auf die Beine gestellt.

Zwei Tage lang sind die Referenten Kornelia Halach und Prof. Dr. Wolfgang Berger den weitreichenden Wirkungen eines kleinen übersehenen Fehlers in unserem Geldsystem nachgegangen und haben Perspektiven einer möglichen Korrektur aufgezeigt. Dazu sind an einem Wochenende Mitte Juli mehr als 20 Menschen in die Jugendherberge Stuttgart International gekommen.

Anfangs sah es nach eher geringem Interesse an der Veranstaltung in ungewöhnlicher Umgebung aus, doch einige neue Maßnahmen zeigten dann schnell Wirkung und machten die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg mit vielen zufriedenen Teilnehmern. Bewährt hat sich vor allem die Einladung mit einem detaillierten Programm. Damit hatte der INWO-Versand die Mitglieder und FAIRCONOMY-Interessenten in der Region per E-Mail angeschrieben.

Dazugelernt wurde auch bei der Frage der Unterkunft. Dabei erscheint es am sinnvollsten, den Teilnehmern verschiedene Möglichkeiten aufzuzeigen (privat, Jugendherberge, Hotel) und ihnen die Buchung dann selbst zu überlassen. Diese und weitere Tipps sind im Leitfaden für Regionalgruppen zu finden, den wir ständig erweitern. Nun sind andere Gruppen gefragt, die von den Erfahrungen profitieren und Seminare mit kompetenten INWO-Referenten vor Ort anbieten wollen! Wir unterstützen Sie dabei gern.

Ansprechpartner: Helmut Rau
E-Mail: Helmut.Rau@INWO.de
Telefon: (071 62) 4 30 61

Neues zur Bahn-Aktion der INWO

Die Bundesregierung hat den umstrittenen Gesetzentwurf zur Privatisierung der Bahn bereits durchgewunken. Nach dem Ende der Sommerpause soll das nun auch der Bundestag tun. In den vergangenen Wochen hat sich dagegen jedoch heftiger Widerstand formiert, an dem sich auch die INWO beteiligt.

In Hamburg hat die INWO-Regionalgruppe mit Hilfe unseres Aktionspaketes den Dokumentarfilm „Bahn unterm Hammer“ vorgeführt und vorab mit der Zinsbombe Werbung dafür gemacht. Eine ganze Reihe weiterer Aktionspakete sind verschickt und der INWO-Vorstand ist in Gesprächen mit der Initiative „Bahn für alle“, um weitere Möglichkeiten zur Unterstützung des Protests gegen den Ausverkauf der Bahn auszuloten.

Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts haben sich auch zahlreiche Gewerkschaften und Verbände sehr deutlich gegen die Pläne zur Bahnprivatisierung ausgesprochen und auch einige Bundesländer, die letztendlich ebenfalls darüber abstimmen müssen. Das Gesetz muss nämlich nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat eine Mehrheit finden! Bis dahin ist noch reichlich Zeit für erfolgreiche Aktionen.

Mehr zum Aktionspaket und den Hintergründen aus der FAIRCONOMY-Perspektive unter <http://www.INWO.de/Bahn>.



Vor dem Bundesrat im August 2007: Aktion des Bündnisses „Bahn für alle“ gegen den Ausverkauf der Bahn

AK Geschichte plant Veröffentlichung

Beim Treffen des Arbeitskreises (AK) Geschichte der Geld- und Bodenreformbewegung im Juli in Steyerberg ist die Planung für die nächsten Schritte besprochen worden. Mit dabei waren unter anderem Margrit Kennedy, Werner Onken, Leo Wonneberger und Alwine Schreiber-Martens.

Eine ganze Reihe von Materialien wurde zusammengestellt, die im Herbst auf der Seite <http://www.sozialoekonomie.info/> veröffentlicht werden sollen – mit Vorwort, Gliederung und Schlusswort. Jeder einzelne Punkt wird dokumentiert: mit Texten von Kritikern und einer Erwiderung. Unter anderem werden dort die kritischen Briefe an Margrit Kennedy (von der FH München) und ihre Antwort zu finden sein, unsere Reaktion auf die Kritik an der Hans-Böckler-Stiftung sowie der sehr empfehlenswerte Artikel „Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts“ von Werner Onken.

Es werden also auch sehr heftige Texte enthalten sein, aber nichts, was nicht bereits an anderen Stellen im Internet zu finden ist. Neu ist, dass diejenigen, die kritisiert werden, die Kritik so offen darstellen und sich mit ihr öffentlich auseinandersetzen. Jeder, der sich damit beschäftigen will und/oder entsprechende Vorwürfe äußert, kann dann auf diese Sammlung verwiesen werden.

Außerdem werden Briefe an die Humanwirtschaftspartei und die Redaktion der Zeitschrift Humanwirtschaft verschickt, in denen der AK Geschichte bittet, die „interne Öffentlichkeit“ darauf hinzuweisen und einen Diskussionsprozess anzustoßen. Auch für die INWO sind weitere Diskussionen zu erwarten, vor allem in Bezug auf sehr umstrittene Aussagen von Silvio Gesell, zu denen sich der AK positioniert.

Neuigkeiten vom Vorstand der INWO

Der **neue erweiterte Vorstand** (eVorstand) steht. Anfang Juni haben wir auch die Zuständigkeiten festgelegt und in den vergangenen Tagen die Kontaktdaten eingesammelt, die unter <http://www.INWO.de/intern> für alle Mitglieder abrufbar sind. Neben den gewählten Wolfgang Berger (1. Vorsitzender), Jens Hakenes (2. Vorsitzender), Hannes Eichinger (Kassierer), Alwine Schreiber-Martens (Beisitzerin) und Helmut Rau (Beisitzer, neu gewählt) gehören dem eVorstand nun an:

- Tanja Rathgeber
- Albrecht Heimbach
- Erich Lange
- Jürgen Kremer (Prof. für Mathematik mit Schwerpunkt Wirtschaftsmathematik am RheinAhrCampus Remagen)

Ausgeschieden aus dem eVorstand sind Beate Bockting, Leopold Wonneberger und Klaus Popp. Bei allen dreien möchten wir uns nochmals herzlich für die Zusammenarbeit im eVorstand bedanken! Für sie gilt wie für alle anderen INWO-Mitglieder auch, dass wir weitere Aktive für bestimmte Projekte wie beispielsweise den Kirchentag einbinden. Die vier zusätzlichen, nicht gewählten Mitglieder des eVorstands haben nur eine beratende Stimme, die bei evtl. nötigen Abstimmungen natürlich nicht zählt.

Protokolle zukünftig online

Um alle Aktiven und Mitglieder besser zu informieren, sind die Protokolle zukünftig komplett unter <http://www.INWO.de/intern> abrufbar. Außerdem veröffentlichen wir online und an dieser Stelle ab sofort Zusammenfassungen.

Der erweiterte Vorstand (eVorstand) der INWO hat sich Anfang Juni zu einer **zweitägigen Klausurtagung** in

Neustadt-Hienheim getroffen. Dabei haben wir zunächst interne Dinge geklärt. Auf kritisches Feedback wollen wir mit großer Offenheit reagieren. Unter anderem werden unsere Protokolle in Zukunft komplett veröffentlicht und alle Mitglieder intensiver über die Vereinsarbeit informiert. Weitere Vorschläge der ehemaligen AG Marketing werden aufgegriffen und leicht verständliche Anleitungen für die Online-Arbeitsbereiche der INWO verfasst. Für die Regionalgruppen gibt es mit Helmut Rau (Helmut.Rau@INWO.de) eine neue Kontaktperson im eVorstand sowie zahlreiche Aktionsideen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Treffens waren die externen Angelegenheiten. Dazu haben wir beschlossen, das Themenspektrum der INWO zu erweitern, mehr Anknüpfungspunkte zu bieten (Beispiele: Grundeinkommen, Heuschrecken) und verstärkt Kooperationen mit anderen Organisationen einzugehen. Außerdem wollen wir unsere externe Kommunikation gezielt verbessern und bundesweit Seminare anbieten, auch zur Vertiefung der Themen Geld- und Bodenreform.

Beim Schwerpunkt Aktionen haben wir vor allem weitere Kampagnen und Aktionen besprochen. Neben der beworbenen Anzeige im „Steuerzahler“ wird an einer Stempelaktion gearbeitet. Für den Bereich Fundraising gibt es mit Hannes Eichinger (Hannes.Eichinger@INWO.de) einen neuen Ansprechpartner im eVorstand der INWO.

Bei unserer **Juni-Telefonkonferenz** haben wir uns ausführlich mit gelaufenen und geplanten Veranstaltungen beschäftigt.

Nach dem sehr professionellen Auftritt beim Kirchentag in Köln haben wir eine genaue Auswertung und Vorbereitung

für Auftritte bei weiteren Kirchentagen verabredet. Wir haben uns intensiv mit den kritischen Rückmeldungen auseinander gesetzt. Nach dem abgesagten Bildungsurlaub und der zunächst geringen Nachfrage für das FAIRCONOMY-Seminar in Stuttgart planen wir weniger aufwändige eigene und dafür mehr Kooperationsveranstaltungen. Wir haben zahlreiche neue Materialien (Wörgl-Comic, Audio-CD, Standpunkte) und organisatorische Abläufe (Referenten, Wissensdatenbank) besprochen. Außerdem haben wir beschlossen, das Abo der FAIRCONOMY wieder zu bewerben und über Anträge auf ordentliche Mitgliedschaft abgestimmt.

Bei unserer **Juli-Telefonkonferenz** haben wir erfreuliche Zahlen zur Bahn-Aktion und zum Schreibwettbewerb gehört. Bisher hat es 13 Bestellungen des Films „Bahn unterm Hammer“ und des dazugehörigen Aktionspaketes gegeben. Wegen großer Nachfrage und nötiger Materialnachbestellung hat sich der Versand einige Male leicht verzögert. Nachdem die Abgabefrist für den FAIRCONOMY-Schreibwettbewerb verlängert worden ist, sind insgesamt 16 Einsendungen eingegangen. Jury und Organisatoren sind nun am Auswerten der Premiere. In Arbeit sind zwei neue Angebote: eine neue Audio-CD der INWO mit einer erweiterten Hörfunkproduktion und Vorlagen für FAIRCONOMY-Geschenkabo und gesponserte INWO-Mitgliedschaften. Wir haben außerdem die interne Weitergabe von E-Mailadressen besprochen und arbeiten an einer Vorlage zur Zusammenarbeit mit Parteien für Regionalgruppen und Ansprechpartner. Festgestellt haben wir, dass die erste Umsatzsteuererklärung der INWO ohne Mängel war.

INWO-Jahresbericht 2006 online

Dem Sommerloch sei Dank: Der INWO-Jahresbericht 2006 ist endlich fertig und online! Damit stellen wir erstmals sehr



ausführlich die Arbeit der INWO im vergangenen Jahr vor und bieten auf 27 Seiten reichlich Gelegenheit zum Informieren von Mitgliedern und Interessenten über gelaufene, laufende und geplante Projekte. Vielen Dank an alle ehemaligen und aktuellen Mitglieder des erweiterten Vorstands für ihre Beiträge! Wir sind gespannt auf Rückmeldungen.

Die kompletten Protokolle und weitere Informationen sind für Mitglieder online abrufbar unter <http://www.INWO.de/intern>. Wer keinen Internetzugang hat, kann sich die gewünschten Informationen auch per Post oder Fax zusenden lassen (INWO-Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: (09502) 924740, Fax: (09502) 924810).

FAIRCONOMY-Spiele-Workshop im November 2007

Wer sich mit der Thematik der Geld- und Bodenreform vertraut machen will, muss sich oft durch Zahlen und Fakten kämpfen, dicke Bücher wälzen und trockene Sach-Vorträge besuchen.

Schon viele haben sich deshalb mit der Idee befasst, Spiele zu entwickeln, die den Inhalt der FAIRCONOMY spielerisch erfahrbar machen. Manch einer ist beim Entwurf stecken geblieben, andere haben zwar Spiele entwickelt, aber es fehlte bislang eine Plattform, um sie bekannt zu machen.

Wie bereits im vergangenen Jahr veranstaltet die INWO deshalb einen Workshop rund um das Thema „Spiele“. Damit die Kreativität genügend Raum findet, soll die Bandbreite dabei bewusst möglichst groß sein: von einfachen Brett- und Kartenspielen bis hin zu (Computer-) Simulationen – genauso sind aber auch Ausdrucksformen über Tanz, Theater, Film und Musik („Hörhappchen“) denkbar. Beim zweiten FAIRCONOMY-Spiele-Workshop sollen je nach Interesse

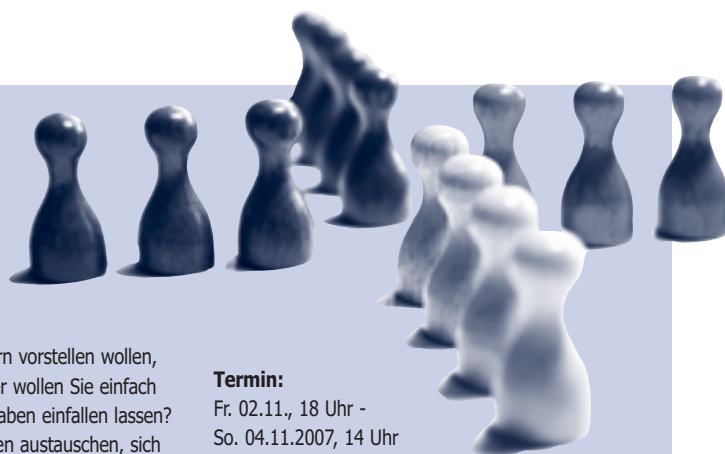
der Teilnehmer sämtliche Spiele (auch Entwürfe) vorgestellt und weiterentwickelt werden.

Haben Sie vielleicht selbst ein Spiel entwickelt, das Sie gern vorstellen wollen, eine Idee, die Sie begeistert oder wollen Sie einfach mal schauen, was andere sich haben einfallen lassen? Sie wollen Ihre Ideen mit anderen austauschen, sich gegenseitig inspirieren, begeistern, ein Wochenende lang spielen oder einfach die Atmosphäre genießen?

Na, dann nichts wie hin!

Bitte rechtzeitig anmelden, da maximal 30 Plätze vorhanden sind! Die Anmeldung ist möglich per E-Mail (mit Zimmerwunsch an SpieleWorkshop07@INWO.de) oder Telefon (+49 721 9431437).

Weitere Infos rund um das Thema Spiele gibt es auch im Internet unter <http://www.INWO.de/Spiele>.



Termin:

Fr. 02.11., 18 Uhr -
So. 04.11.2007, 14 Uhr

Ort: Silvio-Gesell-Tagungs-
stätte in Wuppertal-Nevels

Kosten: Seminar mit Übernachtung inkl. aller Mahlzeiten
(Getränke werden separat nach Verbrauch abgerechnet):

- Matratzenlager mit eigenem Schlafsack: 68 Euro
- Matratzenlager mit Bettzeug: 76 Euro
- Doppel- oder Dreibettzimmer: 98 Euro
- Einzelzimmer: 108 Euro

Auf Anfrage gewährt die INWO einen Zuschuss in Höhe von 30 Euro für Teilnehmende mit keinem / geringem Einkommen.

Mitgliederversammlung 2007 der INWO Schweiz

Am 21. April fand die alljährliche Mitgliederversammlung der INWO Schweiz unter der Leitung von Präsident Pierre Güntert statt. Dazu waren rund 30 Menschen ins Alte Spital nach Solothurn gekommen.

Das Gesicht der INWO hat sich im vergangenen Jahr etwas gewandelt. So sind einige neue Personen zur INWO gestossen: Das Präsidium hat von Marco Lustenberger zu Pierre Güntert gewechselt und neben dem eigentlichen Vorstand wirkt nun auch ein aktiver Vorstand-Plus mit. Trotz vieler Aktivitäten ist aber die INWO noch nicht ganz aus den Startlöchern herausgekommen. Der Mitgliederbestand hat sich erfreulicherweise leicht erhöht.

Im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit sind besonders die Standaktionen in Bern vom vergangenen Herbst und diverse Vorträge zu erwähnen. Daneben fand auch ein Auftritt bei der Klimaallianz in Bern statt. Neu geschaffen wurden die so genannten „Einführungsapéros“ (der erste fand bereits in Zürich statt) und einige Austauschtreffen (siehe Artikel auf der nächsten Seite).

Auch die Stiftung für natürliche Wirtschaftsordnung (NWO), vertreten durch Othmar Metzger, durfte ihren Jahresrückblick der Mitgliederversammlung vorstellen. Die NWO sucht dringend jüngere Mitglieder sowie zwei Vertreter aus der INWO, die bei der NWO Einsitz nehmen könnten. Über die grosse Bedeutung der Zusammenarbeit sind sich beide Vereine einig.



Showeinlage einer Theatergruppe

Themenschwerpunkte

Auch für das Jahr 2007 sind wieder einige Themenschwerpunkte geplant. Für die zukünftigen Strassenaktionen möchte die INWO mit einem markanten Symbol (ähnlich der Zinsbombe in Deutschland) antreten. Über das Aussehen dieses Symbols wird zurzeit noch diskutiert.

Der erste „Einführungsapéro“ in Zürich war insofern ein Erfolg, als dass ein paar neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Weitere „Einführungsapéros“ sind in Planung.

Seit Ende 2006 besteht eine ökonomische Lesegruppe, geleitet von Sabine Heusser Engel. Sie richtet sich an kritisch denkende Personen, die das Wirtschaftssystem besser verstehen wollen und konstruktiv verändern möchten. Das Treffen stösst auf grossen Anklang und findet weiterhin einmal monatlich statt.

Als neues Werbemittel plant die INWO Zuckersäckchen mit dem Logo und einem zum Nachdenken anregenden Spruch auf der Verpackungshülle. Mit diesem Mittel möchten wir eine weitere Streuung des Gedankenguts anstreben.

Neuer Vorstand

Patrick Jenny und Frank Moser haben an der diesjährigen Generalversammlung ihre Demission eingereicht. Beide, vor allem aber Frank Moser, haben versprochen, weiterhin für die INWO aktiv tätig zu sein. Frank Moser möchte seine Arbeit vermehrt auf die Regionalgruppe Bern konzentrieren. Sie wurden für ihren Einsatz gelobt und mit einem Geschenk verabschiedet. Als neue Vorstandsmitglieder wurden Sabine Heusser Engel und Hansruedi Weber vorgeschlagen und mit grossem Mehr gewählt. Als Präsidenten wurde Pierre Güntert ebenfalls einstimmig für das zweite Amtsjahr wieder gewählt.

Ehrenmitglieder

Zum ersten Mal wurden an dieser Generalversammlung Leute, die sich in besonderer Weise für die INWO verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern erkoren. Sie wurden mit einer Ehrenurkunde, einem kleinen Geschenk und einer Würdigung geehrt. Namentlich sind dies:

- Lydia Walter, ehemalige Handarbeitslehrerin, von Beringen SH
- Hansjürg Weder, u. a. Nationalrat, Grossrat, Heimatschutz, von Basel
- Gertrude Weinhandl, Engagement der Frauen zu Geldthemen, von Zürich
- Ernst Weber, ehemaliger Kaufmann, von Thayingen SH
- Marco Lustenberger, ehemaliger Präsident der INWO, von Unteriberg SZ

Roland Stebler

Wandernd vernetzt – ein erlebnisreiches Treffen mit Vertretern anderer NGOs

Am Samstag, 09. Juni 2007, luden die Dynamik5 alle Netzwerkgruppen der Holon, die INWO und die EcoPop zu einer Wanderung in den Kanton Appenzell ein. Teilgenommen haben zwölf Personen aus den oben genannten Vereinen und Organisationen. Zum Teil waren die Teilnehmer Mitglieder von mehreren Organisationen. Die INWO wurde von Frank Moser und Roland Stebler, die Dynamik5 von Theo Hohl, Remy Holenstein und Fritz Wenger und die EcoPop von Alec Gagneux vertreten. Für die Organisation war Fritz Wenger zuständig.

Anspruchsvolle Strecke

Die Teilnehmer trafen sich um 10:15 Uhr am Bahnhof in Jakobsbad, Kanton Appenzell Innerrhoden. Ausgerechnet der Organisator Fritz Wenger konnte nicht rechtzeitig anreisen. Die Wanderung führte zuerst auf die Hundswiler Höhe (Gehzeit nochmals ca. 1,5 Stunden). Es war ein relativ steiler Aufstieg von etwa 450 Höhenmetern zu bewältigen. Dort nahmen wir im Bergrestaurant einen Apéro. Danach führte die Wanderung weiter über einen Berggrat und anschliessend wieder ins Tal nach Gontenbad (Gehzeit ca. 1,5 Stunden). Dort gab es für alle Teilnehmenden das Mittagessen. Inzwischen war auch Fritz Wenger zur Gruppe gestossen. Nach dem Essen stellten sich zuerst alle Personen vor, danach wurden die Organisationen vorgestellt. Am Nachmittag führte die Wanderung über den Barfussweg (Gontenmoos) zurück nach Jakobsbad (Gehzeit nochmals ca. 1.5 Stunden). Viele Teilnehmer gingen passend zum Namen des Wanderwegs barfuss, obwohl dies nicht vorgeschrieben war. Das Wetter war am Vormittag noch grösstenteils trocken, am Nachmittag gab

es etwas Regen. Nach dem Ende der Wanderung um 17 Uhr sassen die meisten noch im Restaurant in Jakobsbad für den Ausklang zusammen. (siehe auch Bilder auf dem Rücken der Schweizer Ausgabe).

Spannende Gespräche

Die Gespräche während der Wanderung wurden hauptsächlich in kleinen Gruppen geführt. Nächstes Jahr übernimmt die EcoPop (Alec Gagneux) die Organisation des Netzwerk-Treffens. Anstelle einer Wanderung ist eventuell eine Bootsfahrt auf der Reuss geplant.

Interessante Neuigkeiten

Die Dynamik5 möchte im August 2008 einen „Kongress für integrale Politik“ veranstalten. Eingeladen werden Vertreter aller Parteien und Institutionen, denen ein spirituelles, ganzheitliches oder integrales Bewusstsein eine wichtige Rolle für die politische Gestaltung spielt. Weiter werden auch Netzwerke und bekannte Einzelpersonen eingeladen, die wichtige Teilaspekte von Dynamik 5 behandeln, unter anderem das zinslose Geldwesen. Gedacht wird unter anderem an: INWO CH, INWO Deutschland, den Verbund für Regionalwährungen, Margrit Kennedy und Bernhard Lietaer. Der Kongress soll in Götzis in Vorarlberg vom 03.08. bis zum 10.08.2008 stattfinden. Die Vorbereitungen werden an der Holon-Sommertagung weiter vorangetrieben.

Roland Stebler

Spendenaktion der INWO Schweiz

An der Mitgliederversammlung überraschte Frank Moser die INWO mit einer Spendenaktion. Seine Idee ist es, eine Spendenzusage machen zu können, die dann wirksam wird, wenn das Total aller Spenden die Summe von Fr. 80.000 übersteigt.

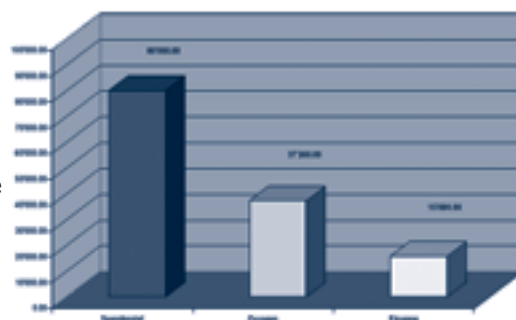
Ebenfalls wurde auf Anregung von Hansjürg Weder die Gesellschende wieder aufgenommen. Mit ihr soll erreicht werden, dass das Werk von Silvio Gesell nicht in Vergessenheit gerät. Da der INWO Schweiz zur Zeit ein kleiner, aber sehr aktiver Kreis von jüngeren Mitgliedern zur Verfügung steht, wäre es jammerschade, wenn die Aktivitäten in unserem Verein mangels finanzieller Mittel nicht mehr durchgeführt werden könnten.

Bis Mitte August sind total Fr. 15.690 eingegangen. Weitere Fr. 37.260 wurden als Zusage erhalten, falls das Total von Fr. 80'000 erreicht wird. Der Vorstand dankt allen Spendern herzlich, ganz besonders denjenigen, die unabhängig der Initiative von Frank Moser bereits einen Betrag

definitiv zugesagt haben!
Folgende Personen haben bereits definitiv eine Spende zugesagt:

- Über Fr. 1000:
Andreas T., Lydia W.
- Fr. 500 – Fr. 1000:
Hans H., Ursula S., Martin S., Othmar M.,
Joseph André & Susanne V.
- 100 – Fr. 499:
Margaretha A., Pierre F., F. und I. G., Armin H.,
Marcel R., Andreas S., Meinrad S.

Die INWO wird am 07. und 08. September wiederum am Sozialforum in Biel mit einem Stand präsent sein. Ebenfalls werden als neues Werbemittel Zuckersäckchen gratis an die Mitglieder und Abonnenten abgegeben. Der Bestellcoupon befindet sich auf der letzten Seite.



Zum Wörgler Freigeldjahr

Vor 75 Jahren startete in der Tiroler Gemeinde Wörgl ein Geldexperiment, das weltweit Aufsehen erregte und bis heute von Geldreformern immer wieder als Paradebeispiel angeführt wird. Um die Erinnerung an die Geschehnisse in den Jahren 1932-33 wach zu halten, haben die Wörgler in diesem Jahr ein imposantes Programm auf die Beine gestellt.

Bereits im Frühjahr wurde ein Wanderweg eröffnet, der zu historischen Plätzen führt, die mit dem Freigeldexperiment bzw. mit dem damaligen Bürgermeister und Initiator Michael Unterguggenberger in Zusammenhang stehen. In einem Faltprospekt wird die Route und deren Stationen, u.a. die Müllnertal-Brücke, die Sprungschanze, das Heimatmuseum und das Denkmal vor dem Stadtamt, beschrieben.

Darüber hinaus ist vor allem das Engagement zahlreicher Künstler beeindruckend. Über die Theater-Performance „Unterguggenberger“ haben wir bereits berichtet; ebenso über die Skulptur „Eisernes Raumschiff mit einer heimatlosen Galionsfigur“ von Alois Schild, die noch bis zum Weltspartag in Wörgl aufgestellt bleibt. Derzeit erarbeitet die Künstlergruppe WochenKlausur ein weiteres Projekt.

Das Freigeld faszinierte auch den Komponisten Werner Pirchner, der für seine zeitgenössische Musik weit über die Grenzen Tirols bekannt wurde. Sein Werk „Wörgler Freigeld“ wurde beim Academia Vocalis-Konzert im August vom Tiroler Festspielorchester aufgeführt. Eine CD wird anlässlich einer Festgala am 25. Oktober präsentiert. An diesem Abend wird auch der Unterguggenberger-Preis verliehen, der eine interessante wirtschaftliche oder finanzpolitische Idee auszeichnet.

Touristenattraktion, Kunstwerke und Materialien für Schüler

Neben Vorträgen gehört außerdem ein Bildungsprojekt zum Programm des Freigeldjahres: die Internet-basierte Plakat-Ausstellung neuesGELD.com. Am 01. Juni ging die Website mit jeder Menge Informationen rund ums Thema Geld online. Die Plakatserie sowie die begleitenden Medien vermitteln eine Kulturgeschichte des Geldes ebenso wie Hin-

tergründe zum bestehenden Geldsystem. Wie entsteht der Euro? Wie wirkt sich unser Geld auf die Gesellschaft, Wirtschaft und damit auf unseren Lebensraum aus? Und woher kommen jetzt Gelder mit neuen Regeln?

Vorgestellt werden ergänzende Währungen wie Regiogelder, Tauschkreise oder das Wörgler LA21-Jugendprojekt I-MOTION. Dazu gehört auch ein Ausblick, welche Chancen für die Zukunft mit der Demokratisierung des Geldsystems verbunden sind.

Zielgruppe sind vorwiegend Jugendliche. Die Materialien können sehr gut im Unterricht eingesetzt werden. Die Ausstellung besteht aus 20 Plakaten, gestaltet vom Grafiker Alex Mey. Im Herbst werden sie an Wörgler Schulen präsentiert. Darüber hinaus wird die multimediale Geldausstellung allen österreichischen Schulen mit Wirtschaftsbezug angeboten. Träger des Projektes ist das Unterguggenberger Institut Wörgl.

Neues Buch zum Thema

Passend zum Freigeldjahr hat der österreichische Historiker, Publizist und Redakteur Wolfgang Broer nach dreijähriger, umfangreicher Quellenarbeit ein Buch über das Währungsexperiment und dessen Initiator Michael Unterguggenberger veröffentlicht.

Es stößt dabei in eine biografische Lücke, die die bisher zumeist ökonomisch ausgerichteten Veröffentlichungen zum Thema Wörgl offen gelassen hatten. Möglich wurde dies, weil Unterguggenbergers Nachlass erstmals in großem Umfang zugänglich gemacht wurde. Das Unterguggenberger Institut hat im vergangenen Jahr mit der Digitalisierung der his-

torischen Dokumente und dem Aufbau eines Unterguggenberger-Archivs begonnen.

Broer bemüht sich, wie er selber schreibt, um eine neutrale Position zu dem Experiment von Wörgl und zu den handelnden Personen. Er will auch nicht für oder gegen die Freiwirtschaft votieren. Er kommt jedoch zu dem Schluss, dass ohne die charismatische Person des sozialdemokratischen Bürgermeisters und Gewerkschafters Unterguggenberger, der den Ausgleich mit den bürgerlichen Kräften, der Heimwehr und der katholi-



schen Kirche suchte, aus der er 1929 stillschweigend ausgetreten war, das Währungsexperiment nicht hätte realisiert werden können.

Dem Leser werden jedoch auch die anderen bereit stehenden Helfer nahegebracht. Die Hilfe von Fritz Schwarz und Hans Konrad Sonderegger, führende Vertreter des Schweizer Freiwirtschaftsbundes, ist besonders hervorzuheben. Johannes Ude, einer der bekanntesten österreichischen Freiwirte, kommt dagegen bei Broer eher schlecht weg. Erwähnung finden zudem auch diejenigen, die neutral gehalten werden konnten – in einer Zeit eines



1931-1932: Anderswo lahm die Wirtschaft, in Wörgl wird gebaut

aufkommenden Machtwechsels mit bürgerkriegsähnlicher Stimmung in Österreich. Das Kleinklima dieser Zeit hat der Autor deutlich herausgearbeitet.

Unterguggenberger war schon früh mit den Vorstellungen von Silvio Gesell vertraut. Er übernahm jedoch nur den Geldreformgedanken. Das bodenreformerische Anliegen vertrat er nicht, sei es aus Rücksicht auf eine befürchtete Ablehnung in der Wörgler Bevölkerung, insbesondere bei Bauern und Grundstückseigentümern, oder aus anderen, nicht bekannt gewordenen Gründen.

Unterguggenberger entlehnt also im Grunde nur einen einzigen Gedanken von Gesell und passt ihn der politischen und sozialen Wirklichkeit in seiner Gemeinde an. Das Experiment von Wörgl besteht im Wesentlichen darin, eine nur im Gemeindegebiet geltende zweite Währung neben der offiziellen einzuführen. Diese Zweitwährung verliert monatlich ein Prozent an Wert.

Um diesem Wertverlust zu entgehen, geben die Menschen verständlicherweise dieses „Schwundgeld“ rasch wieder aus. Mit einem Mal also lassen die Menschen das Geld rasch zirkulieren, anstatt es wie zuvor in Erwartung eines höheren Zinsertrages oder aus Angst vor noch schlechteren Zeiten zu horten und damit der Volkswirtschaft zu entziehen.

Das so träge Geld, das im übrigen Österreich buchstäblich „in Strohsäcken und im Sparstrumpf faul“ herumlungert, bekommt plötzlich Beine. Es lernt wieder laufen. Die Folge: Die lokale Wirtschaft blüht auf, das Steueraufkommen wächst wieder, die Gemeindeväter können daher Arbeit an Arbeitslose vergeben

– „im Kleinen wird so ein sich selbst verstärkender Kreislauf zur Gesundung einer kranken Ökonomie in Gang gesetzt.“ (Seite 9-10.).

Broer verdeutlicht überzeugend, dass die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und die Wiederingangsetzung von Fabriken im Vordergrund der Aktivitäten des Bürgermeisters standen.

Für die heutige Zeit lehrreich ist Unterguggenbergers überzeugende Verurteilung einer Deflationspolitik. Bei Henry Ford war er auf Sätze wie diese gestoßen: „Vor allem glaube ich, dass (...) der Absatz unserer Waren bis zu einem gewissen Grade von den Löhnen, die wir zahlen, abhängig ist. Sind wir imstande, hohe Löhne auszuschütten, wird auch wieder mehr Geld ausgegeben, das dazu beiträgt, die Ladeninhaber, Zwischenhändler, Fabrikanten und Arbeiter anderer Industriezweige wohlhabender zu machen, und ihre Wohlhabendheit wird auch auf unseren Absatz Einfluss haben. Hohe Löhne aller Orten sind gleichbedeutend mit allgemeinem Wohlstand“ (12). Aber in der Zwischenkriegszeit wird genau gegenteilig verfahren. Dem Historiker Broer klingt es „in manchem wie eine Warnung vor den Verhältnissen heute“, was der österreichische Sozialdemokrat Johann Schorsch kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schrieb (12-13):

„Es ist ein tragisches Verhängnis, dass unsere Wirtschaftsführer (...) eingesponnen in das Dogma der Unfehlbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung (...) nicht sehen oder nicht sehen wollen, wohin die Entwicklung treibt.“

Sie predigen nach wie vor die Rettung durch Erniedrigung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der sozialen Einrichtungen und setzen ihre ganze Hoffnung auf den Export.“



Wolfgang Broer bei der Präsentation seines neuen Buches mit Veronika Spielbichler vom Unterguggenberger Institut

Leider ist das erfolgreiche Projekt von Wörgl verboten worden, auf Betreiben der Notenbank. Broer beschreibt Unterguggenberger menschlich sympathisch in der Vorahnung des Verbotes, indem er ihn mit der Figur aus Manès Sperbers Roman „Tiefer als der Abgrund“ vergleicht, die erkennt: „Wir mögen verloren sein, aber unsere Sache selbst ist unverlierbar. Wir waren Nachfolger, wir werden Nachfolger haben.“ (15) So ist es nur konsequent, dass über zwanzig Seiten in Broers Buch einer Darstellung der Nachwirkungen von Wörgl, heutiger Tauschringe und Komplementärwährungen vorbehalten sind. Diesen Ausführungen vorangestellt ist ein schönes Zitat aus der Zeitung „Wiener Tag“ vom 20. Juni 1933: „Es kann die Spur von diesen Wörgler Tagen nicht in Äonen untergehen“.

Beate Bockting und Jörg Gude

Weitere Informationen unter <http://www.unterguggenberger.org> und <http://www.neuesgeld.com>.

Wolfgang Broer: Schwundgeld. Bürgermeister Michael Unterguggenberger und das Wörgler Währungsexperiment 1932/33. Studien Verlag. 400 Seiten. 34.90 € / 58 SFr.

Aus dem INWO-Shop:

Das Geldwunder von Wörgl

Hörspiel von Bernd Grashoff in einer Aufnahme des Bayerischen Rundfunks 2003

Laufzeit: 28 Minuten Preis: 5 €
(ab 10 Stück nur 3 € pro CD)



Positive Auswirkungen fließenden Geldes

Einen spannenden wissenschaftlichen Workshop haben Fritz Andres und Eckhard Behrens am 21. und 22. Juli 2007 im Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll geboten. Gemeinsam mit 30 Teilnehmenden mit Vorkenntnissen haben sie die Auswirkungen einer Reform der Geldordnung diskutiert und dabei Akzente gesetzt, die einige Selbstverständlichkeiten in Frage stellen und zahlreiche Anregungen bieten, um die FAIRCONOMY weiterzuentwickeln.

Einige Ergebnisse des Seminars zu verschiedenen Themenschwerpunkten werden an dieser Stelle kurz zusammengefasst und anschließend aus der INWO-Perspektive kommentiert. Wir sind gespannt auf Rückmeldungen und weitere Diskussionsbeiträge!

Marktmacht

Ein Selbstversorger wird seine Fähigkeiten nur im Rahmen seiner Bedürfnisse entwickeln und er kann seine Bedürfnisse nur im Rahmen seiner Fähigkeiten entwickeln. Der Tausch beendet die Selbstversorgung, entkoppelt diese doppelte Begrenzung und schafft zugleich eine Abhängigkeit von anderen. Macht verschiebt diese Abhängigkeit einseitig. Das Ergebnis des Tauschs ist nur dann gerecht, wenn alle Akteure ohne Macht sind. Weil in unserem destruktiven System Geld Macht verleiht, ist das Ergebnis des Marktgeschehens ungerecht.

Fragen der Marktmacht werden von uns im Zusammenhang mit der Bahnprivatisierung erstmals beleuchtet (siehe Seite 11). Wir können auch auf andere „Brandherde“ hinweisen, wie z. B. die Ausbeutung durch das Preisdiktat der Energiekonzerne oder die Reduzierung der Leistungen der Post (weniger Postämter und Briefkästen und dadurch entstehende volkswirtschaftliche Kosten durch längere Wege und Wartezeiten).

Konzentration in der Wirtschaft

Macht kennt keine Grenze und deshalb kennt auch die Größe unserer Konzerne und das

Einkommen ihrer Lenker gegenwärtig keine Grenze. Bei fließendem Geld kommt der Verbrauch an seine natürliche Grenze (in ökonomischer Terminologie: zumindest gibt es einen abnehmenden Grenznutzen).

Kapital ist dann keine Ertragsquelle mehr, sondern nur noch eine Verbrauchsquelle. Damit verschwindet das Motiv für die Zusammenballung von Unternehmen. Das Unternehmenswachstum hört bei der optimalen Betriebsgröße auf. Die großen Konzerne zerfallen.

Feindliche Übernahmen von börsennotierten Aktiengesellschaften, Unternehmenskäufe mit dem Ziel des „Ausblutens“ oder „Filetierens“ des gekauften Unternehmens beherrschen heute nicht nur die Schlagzeilen der Presse, sondern gehen z. B. auch den 50.000 Beschäftigten unter die Haut, die die Telekom gerade auslagert.

Dieses aktuelle Thema sollten wir „besetzen“, denn wir haben eine Lösung für das grundlegende Problem anzubieten!

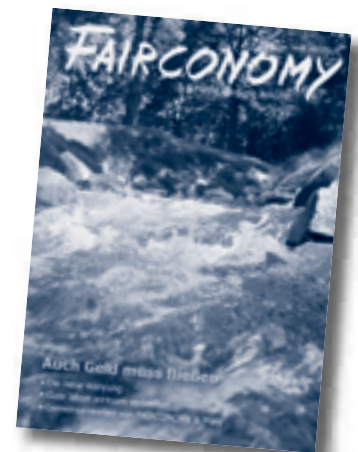
Kreislauftheorie

Beim Naturaltausch ist das Angebot immer identisch mit der Nachfrage. Konjunkturprobleme können nicht entstehen, aber die Transaktionskosten sind hoch (Wo und wie finde ich den passenden Tauschpartner?). Erst ein Nachfrage- oder Angebotsüberhang „erhitzt“ den Kreislauf oder kühlt ihn ab. Diese konjunkturbedingten Krisen entstehen, wenn Geld die Identität von Angebot und Nachfrage aufhebt.

Die Fachwelt hält Konjunkturkrisen für untrennbar mit einer Geldwirtschaft verbunden und deshalb unvermeidlich, denn eine Rückkehr zum Naturaltausch ist nicht möglich. Wir sind selten mutig genug zu sagen, dass die Fachwelt irrt, weil sie sich ein anderes als unser destruktives Geld nicht vorstellen kann.

Arbeitslosigkeit

Bei fließendem Geld wird das gesamtwirtschaftliche Einkommen vollständig eingesetzt, um das Sozialprodukt (Konsum- und Investitionsgüter) abzunehmen. Jedes neue Angebot erschafft die zu seiner Abnahme erforderliche Nachfrage; die Kosten seiner Erstellung sind woanders Einkommen und schließen den Wirtschaftskreislauf. Dieser Automatismus lässt die Wirtschaft wachsen, bis Vollbeschäftigung erreicht ist. Der technische Fortschritt



FAIRCONOMY 1/2006, die Ausgabe zum fließenden Geld, kann wie andere ältere auch beim Versand bestellt werden.

macht gesamtwirtschaftlich niemanden arbeitslos, sondern könnte die Arbeitszeit reduzieren und die Entlohnung erhöhen.

Arbeitslosigkeit ist das in der Öffentlichkeit sichtbarste Problem unserer Wirtschaftsordnung. In das Zentrum unserer Argumentation gehört der Hinweis, dass unsere Geldordnung Arbeitslosigkeit erschafft, weil sie den Kreislauf nicht schließt. Damit erreichen wir die Menschen dort, wo ihre schlimmsten Ängste sind. Wir sollten klar machen, dass Arbeitslosigkeit nicht eine Folge des technischen Fortschritts ist.

Preise

In der Preiskalkulation entfällt der Kostenfaktor Zins in allen Stufen der Wertschöpfungskette. Das verbilligt kapitalintensive Produkte und Dienstleistungen. Da bei Vollbeschäftigung zusätzliche Arbeitskräfte nur über attraktivere Arbeitsbedingungen und/oder eine höhere Vergütung zu bekommen sind, werden arbeitsintensive Produkte und Dienstleistungen teurer. Insgesamt wird das Preisniveau stabil bleiben.

Fließendes Geld bewirkt deutlich höhere Arbeitseinkommen. Die Einkommensverteilung wird ausgeglichen, weil Kapitaleinkommen entfallen. Daraus folgt eine ausgeglichene Vermögensverteilung.

Obwohl nur Arbeitseinkommen verdiente Einkommen sind, kommt in unserem heutigen Geldsystem der gesamte Produktivitätszuwachs dem Kapital zugute, das zum Steueraufkommen kaum beiträgt. Dieser soziale Sprengsatz ist leicht einsichtig und erfahrbar. Wir sollten ihn ins Zentrum unserer Argumentation stellen.

Wachstum

Alle politischen Parteien beschwören wirtschaftliches Wachstum, weil sie meinen, dass nur so die Beschäftigung zu sichern ist. Wegen der grassierenden Angst vor Arbeitslosigkeit ist auch die Mehrheit der Bevölkerung für Wachstum. Zur Ökologie werden schmerzlose Lippenbekenntnisse abgegeben, denn die ökologische Bewegung setzt Raubbau an der

Natur mit Wachstum gleich. Dieser Trugschluss hat der Ökologie die Akzeptanz verscherzt. Dabei ist Wachstum ökologisch unschädlich, wenn es die Ressourcen schont.

Verzicht ist nicht mehrheitsfähig. Wir sollten also nicht das Wachstum generell verteufeln, sondern den Ressourcenverbrauch.

Es gibt in Teilbereichen ein umweltfreundliches und die Ressourcen schonendes Wachstum. Fließendes Geld verbindet sinnvolles Wachstum mit ökologischer Nachhaltigkeit und Verantwortung.

Zins

Fließendes Geld (mit einem kurzfristigen Zins von Null) überwindet den Kapitalismus und bringt den Feudalismus zurück, wo der Boden nur vererbt werden kann. Deshalb muss die Einführung fließenden Geldes mit einer Reform des Bodenrechts verknüpft werden.

Weiterhin geht in unserem heutigen destruktiven Geldsystem alles, was nicht verbraucht wird, in die Ersparnis. Bei fließendem Geld ist das nach Erfüllung der Sicherheitsbedürfnisse nicht mehr sinnvoll. So wird großer Spielraum für die Finanzierung von Kultur entstehen.

Viele Kulturschaffende leiden gegenwärtig unter finanzieller Austrocknung in der Folge knapper Budgets. Können wir sie nicht für unser Anliegen gewinnen und von ihnen lernen, wie wir Leute ansprechen und dazu einladen, uns zu unterstützen? Mit unserem Fokus auf den Zins stellen wir allzu oft ein Thema in den Mittelpunkt, das den Laien unverständlich ist und die Fachwelt allergisch reagieren lässt.

Geldwertstabilität

Fließendes Geld verstetigt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Als einzige Variable der Steuerung des Geldwertes bleibt dann die



Der 1. Vorsitzende der INWO Deutschland, Prof. Dr. Wolfgang Berger, im Gespräch auf dem Kirchentag 2007 in Köln

Geldmenge, deren Steuerung in die Hände der Notenbank gehört. Wenn die Geldmenge auch von den Geschäftsbanken bestimmt wird, muss diese Möglichkeit mit der Einführung fließenden Geldes abgeschafft werden.

Mit der heftig geführten Geldschöpfungsdiskussion betreiben viele Aktive großen Aufwand für eine in der Zukunft eher nebensächliche Frage. Wir sollten uns viel mehr auf unser gemeinsames Ziel konzentrieren, indem wir die Voraussetzungen für die Einführung fließenden Geldes schaffen – dann können die Geschäftsbanken kein Geld mehr schöpfen, falls sie es jemals vorher gekonnt haben.

Wolfgang Berger

Wem gehört der Nordpol?

Wie zeitgemäß und wichtig unsere Vorschläge zum Ressourcenschutz sind, hat sich Anfang August unterm vermeintlich ewigen Eis gezeigt. Dort scheint ein neuer Kalter Krieg begonnen zu haben. Für einen baldigen und nachhaltigen Frieden gibt es überzeugende Ansätze im Sinne der FAIRCONOMY.

Am 02. August 2007 wird gemeldet, dass die Besatzung eines sowjetischen Mini-Atom-U-Boots in 4261 Metern Tiefe unter dem Nordpol die russische Flagge "gehisst" hat. Russland dokumentiert damit seinen Anspruch auf diesen Teil des Meeresbodens.

Die Reaktionen anderer Länder folgen prompt: Kanada startet eine Woche später eine Expedition ins gleiche Gebiet und der Ministerpräsident Stephen Harper erklärt auf einer „Arktis-Souveränitätstour“, sein Land sei „rechtmäßiger Wächter“ des Pols. Der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen meint, ohne Experte zu sein, neige er doch zu der Ansicht, der Nordpol sei gemeinsames Eigentum der Weltgemeinschaft.

Russland, Dänemark und Kanada, aber auch die USA und Norwegen sind stark an der möglichst weit reichenden Zuweisung von Wirtschaftszonen rund um den Pol interessiert. Es werden hier reiche Bodenschätze vermutet und der Klimawandel könnte sie durch das Abschmelzen des Eises zugänglich machen. Studien gehen davon aus, dass sich bis zu 25 Prozent der weltweit vorhandenen Öl- und Gasvorkommen in der Arktis befinden. Außerdem werden große Mengen wertvoller Erze auf dem Meeresgrund vermutet.

Internationale Verträge von 1982 gestatten Wirtschaftsaktivitäten nur bis 320 Kilometer vor der jeweiligen Küste. Alle weiteren Ansprüche müssen dem UN-Komitee für internationales Seerecht vorgelegt werden. Die Entscheidungsfindung über die von mehreren Ländern beanspruchten Polargebiete wird als langwierig und schwierig angesehen.

Gegensätzliche Gedanken drängen sich auf: Zu welchen technischen Höchstleistungen befähigen Intelligenz, Kreativität und Hartnäckigkeit die

Menschen! Zu welch absurdem Wettlauf, ja Vorbereitung von "Gegenangriffen" stacheln die Folgeschäden der Klimaveränderung die Staaten an? Zu welch katastrophalen Konsequenzen muss ein "Weiter so" führen!

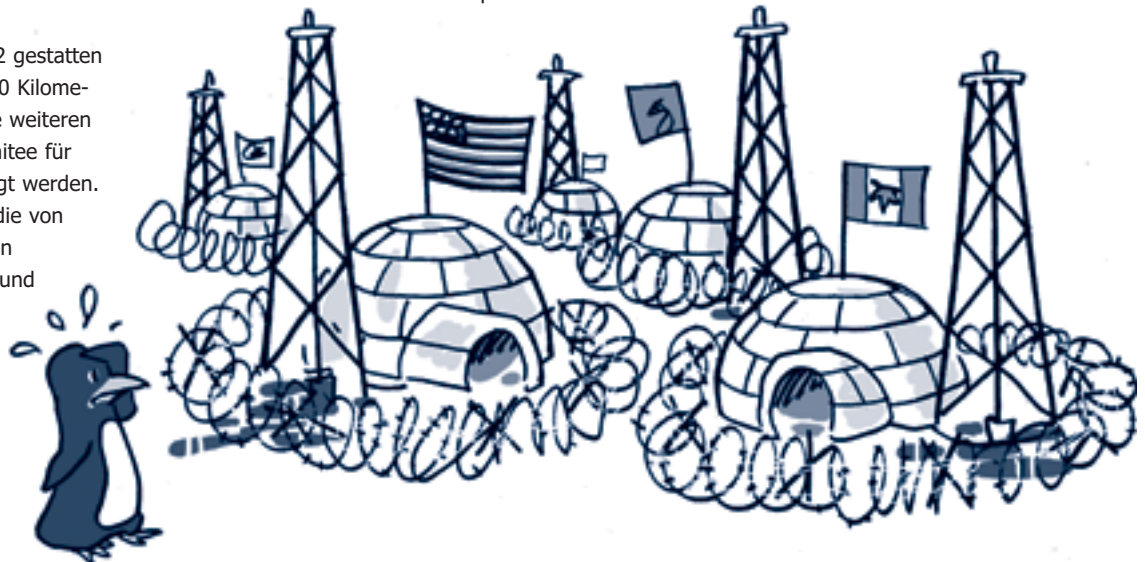
Einen Hoffnungsschimmer in diesem absurden Theater gibt die Aussage des dänischen Ministerpräsidenten, der Nordpol sei Eigentum der Weltgemeinschaft. "Und nicht nur der!", möchte man ergänzen. Gert Weisskirchen, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kommentiert die Lage mit den Worten, Besitzansprüche müssten nun "durch das Völkerrecht friedlich" geregelt werden. Ob Herr Weisskirchen konkrete Ideen hat, wie diese Regelungen aussehen könnten?

Vielleicht sind er und auch andere Politikerinnen und Politiker in einer solchen Situation empfänglich für Ideen, die ja eigentlich gar nicht so neu sind: die Erhebung von Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen und Wieder-Ausschüttung des Zahlungsaufkommens direkt an die Bürger. Immerhin hat schon vor ca. 200 Jahren Thomas Spence (1750-1814) vorgeschlagen, den Boden zu vergesellschaften, gegen Zahlung einer Pacht die private

Nutzung zu ermöglichen und die Pachteinahmen als ein Grundeinkommen für alle zu verteilen (siehe auch Seite 8). Die Verallgemeinerung dieser Idee auf Bodenschätze, Wasser oder die Nutzung der Atmosphäre ist nahe liegend. Bezogen auf die Atmosphäre zeigt die Heinrich-Böll-Stiftung genau den gleichen Gedankengang unter dem Namen "Skytrust" oder "Himmelstreuhand" auf. Und was dem Himmel recht ist, ist auch für das Nordpolarmeer nicht mehr als billig.

Zeitgleich mit dem Wettlauf um Gas und Öl unter dem Nordpol, mit Versuchen einer irrwitzigen Beweisführung von nationalen Anrechten erleben wir verheerende Brände und Überschwemmungen in Europa und eine durch die US-Immobilienkrise verursachte weltweite Finanzkrise. Helfen wir mit, dass neben neuen Spielregeln für unseren Umgang mit den Naturressourcen friedfertige Methoden der Konfliktlösung gefunden und durch demokratisch legitimierte Macht im Sinne von Hannah Arendt bald auch neue Regeln für das Geldsystem eingeführt werden!

Alwine Schreiber Martens



Buchvorstellung



Jürgen Bozsoki:
Der neoliberale Großangriff auf Europa. Wirtschaftspolitische Gegenkonzepte statt Polemik.
Wien, Klosterneuburg: Edition Vabene 2007, 248 Seiten.
(24.90 € / 45 SFr.
ISBN 978-3-85167-202-2.)

Der Titel des Buches ist Programm: Jürgen Bozsoki analysiert auf knapp 250 Seiten die Europäische Union und ihre „einseitig neoliberale Ausrichtung“ (Seite 13) mit ihren bekannten und teils fragwürdigen Maßnahmen: „Privatisierung, Deregulierung sowie Einschnitte ins soziale Netz“ (15). Bozsoki positioniert sich als deutlicher Befürworter des Projekts EU, sieht aber gleichzeitig die Vision eines gemeinsamen Europas durch die neoliberale Umgestaltung gefährdet. Er setzt sich im Gegensatz dazu für gezielt protektionistische und dirigistische Maßnahmen ein, für eine „Forcierung der gemeinsamen Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik sowie ein europaweites Konjunkturprogramm“ (81).

Durchgängig baut er dabei auf dem Prinzip der Produktivkraft von Friedrich List auf: Reichtum bedeutet nicht Gewinn, nicht die Anhäufung von spekulativen Finanzmassen, sondern vielmehr das „Potenzial an Wissen, Innovation, Effektivität für die

Gütererzeugung, die Qualität der Infrastruktur“ (117). Insgesamt bietet das Buch mehr als „nur“ eine Analyse: Dem Mainstream neoliberaler Doktrin setzt der Autor einen pragmatischen, teilweise innovativen, teilweise spekulativen Maßnahmenkatalog entgegen.

Jürgen Bozsoki hat, bedenkt man seinen sozialdemokratischen Hintergrund mit, ein mutiges Werk verfasst: Durch seine konstruktive Kritik an der EU lässt er die oftmals polemisch und undifferenzierte EU-Skepsis hinter sich. Aus Sicht der INWO ist es schade, dass der Autor sich nicht mehr auf die freiwirtschaftliche Problemlösung – wie noch im Buch „Die ‚blinden Flecken‘ der Sozialdemokratie“ – bezieht. Es lassen sich jedoch noch Reste davon entdecken, die wohltuend über die Problemanalyse der Globalisierungskritiker hinausgehen: Er fordert etwa die Eindämmung der Kreditschöpfung der Banken, die Anpassung der Realzinsen unter das Wirtschaftswachstum und die Regulierung des Investmentbankings zu Gunsten einer realwirtschaftlichen Produktivkraftsteigerung.

Ein lesenswertes Buch, das gerade die österreichische Sozialdemokratie, deren Agieren von der neoliberalen Alternativlosigkeit zunehmend gezeichnet ist, bitter nötig hat.

Alexander Preisinger



Paul Kellermann (Hrsg.):
Die Geldgesellschaft und ihr Glaube. Ein interdisziplinärer Polylog.
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007. 294 Seiten. (34.90 € / 59.50 SFr.
ISBN: 978-3-531-15472-5.)

2003 initiierte Paul Kellermann, Soziologie-Professor an der Universität Klagenfurt, den „Klagenfurter Gelddiskurs“. Aus diesem interdisziplinären Projekt resultiert dieser Sammelband, in dem Geld in seinen zahlreichen Facetten dargestellt und eine fruchtbare Verknüpfung verschiedener Theorie- und Fachrichtungen erzielt werden soll. Es lässt sich gleich zu Beginn sagen: Ersteres ist gelungen, Letzteres kaum.

Auf 290 Seiten finden sich ganze 28 Artikel. Das macht durchschnittlich etwa zehn Seiten pro Artikel, was in vielen Fällen zu wenig für eine tiefgehende Analyse ist. Inhaltlich steht das Buch im Gegensatz zur neoklassischen Theorie. Geld wird nicht als neutraler Mittler in Tauschgeschäften gesehen, sondern als soziales Phänomen, welches auf die Menschen wirkt und so deren Handlungen beeinflusst. Demnach überwiegt auch eine kritisch bis düster wirkende Analyse der Gegenwart. Fraglich bleibt allerdings, warum sich viele Autoren in eigenen Analysen versuchen, ohne sich auf aktuelle For-

schungsergebnisse zu beziehen. In jedem Fall kommen sie zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen, von denen hier nur einige erwähnt werden können.

Kellermann selbst vertritt die Auffassung, dass viele Leute aus mangelnder Erfahrung an ökonomischen Notsituationen einer Art irrationaler Hinwendung zum Geld verfallen. Dies umschreibt er mit der Wortschöpfung „Moneyismus“.

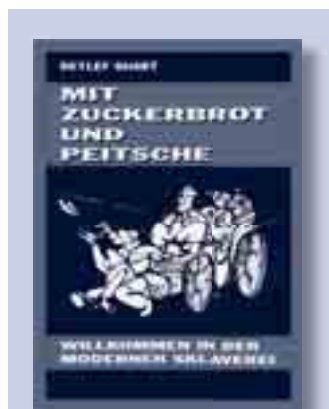
Dem widerspricht Christoph Deutschmann in seinem sehr lesenswerten Beitrag. Er sieht den Geldfetisch – ähnlich wie man es aus der modernen Freiwirtschaftstheorie von Dieter Suhr kennt – als Folge der Vielfalt an Handlungsmöglichkeiten, die das Geld bietet, und weniger als irrationales Moment. Hieran knüpft er auch seine Kritik der Freiwirtschaft, deren Vertreter das Problem zu technisch angingen und nicht die soziale Dimension des Geldes beachteten. Sein Vorschlag, den Vorteil des Geldes abzubauen, liegt demnach auch in der sozialen Sphäre – mit einem Grundeinkommen sollen soziale Kontakte nicht mehr auf Geldbeziehungen reduziert werden. Positiv überraschend ist dabei, wie es Deutschmann und auch Stephan Schulmeister gelingt, die schon oft für überholt erklärte Marxsche Analyse des Geldes für die heutige Geldtheorie fruchtbar zu machen, um so neue Facetten der Geldbezogenheit unserer Gesellschaft ausfindig zu machen.

Gerd Nollmann führt in einer sehr aufschlussreichen Arbeit aus, dass die unterschiedlichen Wachstumsraten in den westlichen Ländern weniger die Folge ökonomischer

Entwicklung, als vielmehr das Ergebnis der Monetarisierung von Familienarbeit sind. Arno Bammé zeichnet die langsame Loslösung des Geldes von den ursprünglichen Warenzusammenhängen im historischen Prozess nach. Diese Entwicklung gipfelt im von der Realökonomie losgelösten Finanzkapitalismus.

Bezeichnend für dieses Buch ist die Anekdote eines Studenten in Anlehnung an Heinrich Böll: Ein scheinbar von allen Zwängen des modernen Lebens befreiter Fischer verkauft einem Touristen sein altes Boot, nachdem er ihm die Sinnlosigkeit der rastlosen (Geld-)Gesellschaft aufgezeigt hat. Viele der Artikel in dem Buch schlagen genau in diese Kerbe. Die Menschen sollen doch das Geld als das sehen, was es nach sozialwissenschaftlicher Analyse eigentlich ist: ein an sich wertloses Symbol für die eigentlich wertvollen Leistungen. Nur – die Anekdote ist an diesem Punkt noch nicht zu Ende! Der Fischer entpuppt sich zum Schluss als knallharter Geschäftsmann, der einen (dummen) Investor für sein (Schrott-)Boot gefunden hat. Scheinbar liegt dem Sonderstatus des Geldes noch mehr zu Grunde, als nur eine verblendete Wahrnehmung. So bleibt das Fazit, dass viele Autoren lediglich über die Auswirkungen des Geldes klagen, ohne dessen außerordentliche Wirkung als Ausgangspunkt für eine Ursachenanalyse zu nehmen. Hier bleibt zu wünschen, dass sich der Klagenfurter Gelddiskurs in seiner geplanten Fortsetzung diesem Thema widmen wird.

Felix Wilke



Detlef Ouart:
Mit Zuckerbrot und Peitsche. Willkommen in der modernen Sklaverei.
 Selbstverlag
 (Books on Demand) 2006.
 180 Seiten. 14.90 €,
 u.a. erhältlich beim Autor:
<http://www.detlef-ouart.de>,
 E-Mail: detlef.ouart@web.de.
 ISBN 3-8334-4947-0.

Mit diesem Buch stellt der 41-jährige, in Frankfurt/Oder geborene Detlef Ouart sein erstes umfassendes Werk zum Thema Freiwirtschaft vor. Fernab vom Fachkauerwelsch kann Ouart in einfachen Worten, manchmal allerdings etwas zu lehrerhaft, die Thematik sehr gut vermitteln. Seine Zielgruppe ist die gesellschaftliche Mitte. Als würde man in einen Spiegel schauen, zeigt er, bis in welchen kleinsten Winkel unseres Daseins das kapitalistische Zinssystem negative Auswirkungen hat.

Das Buch ist in fünf große Abschnitte gegliedert: „Das Betrugssystem“ (Abschnitt 1) mit den vier Regeln des Kapitalismus und der Hinterfragung der ständig angemahnten Arbeitsideologie: „... sonst brähe die Welt zusammen, wenn die Leute erst ausschlafen würden, bevor sie ans Werk gingen.“ Uns werden permanent Schuldgefühle impliziert, wenn man nicht von früh bis abends der „heiligen Malocher“ huldigt. Dabei hat auch das

Nichtstun durchaus seine Berechtigung. Und auch den Arbeitslosen rät er im Kapitel „Persönliche Krisen“ (2), diese Phase als „persönliche Entwicklungschance“ zu nutzen, zur Rückbesinnung auf das Wesentliche. Arbeitslos ist eben nicht gleich beschäftigungslos. Hat sich das „Arbeits-tier“ dann doch mal ausgepowert, zeigt uns Ouart in einem amüsanten Dialog zwischen Arzt (hier „Reparaturmeister“) und Patienten (hier „Arbeitstier“) die Geschäftemacherei an Kranken, die Macht der Schulmedizin und die der dahinter stehenden Pharmakonzerne. Wären die Krankenzimmer nicht weniger voll, wenn die Menschen nicht so unter Druck stünden? Auch hier kann er wieder die Zinswirtschaft als Leistungspeitsche und damit als Ursache für die entgleisenden gesellschaftlichen Entwicklungen entlarven.

Unseren politischen Wachstumsfetischisten sei das Kapitel „Die Wachstumskrise“ (3) empfohlen (besser natürlich das ganze Buch). Dass sich unsere Eliten langsam mit „Wirtschaftssicherungsverordnungen“ (= Notstandsgesetzen), Online-Überwachungen, Gen-Datenbanken, RFID-Chips usw. in Stellung bringen, kann man täglich in den Zeitungen nachlesen. So prescht nicht nur Innenminister Schäuble immer wieder unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ nach dem Motto vor: „Verlange vier, bekommst du zwei“ (Überwachungsgesetze). So werden die „Zinssklaven“ an einer „unsichtbaren Kette“ gehalten, falls sie mal ihren Verstand benutzen sollten und die Nebelkerzen der gekauften Medien im Nichts verrauchen. Die gesellschaftli-

chen Ungleichgewichte werden sich unbestritten zunehmend aufschaukeln. Wie sich der Staat dafür wappnet, erklärt Ouart ausführlich im Kapitel „Zurück in die Zukunft“ (4). Ein Bonbon im Buch ist die fiktive Wahlkampfveranstaltung der „Weißen Malocherpartei“, deren Spitzenkandidat Hans-Hermann Ochsentreiber kein Blatt vor den Mund nimmt. Parallelen zur Wirklichkeit sind nicht zu übersehen.

Und last but not least zeigt uns Detlef Ouart den Ausweg aus dem ganzen Schlamassel. Die „Reform des Geldsystems“ (5) würde die ganze Gesellschaft entschleunigen. Die Geldreform ist zwar nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts. Leider ist dieses Kapitel etwas zu kurz gekommen. Abgerundet wird dieses tolle Einsteigerbuch durch den obligatorischen Hinweis auf das eigene Aktivwerden und die Verweise auf die freiwirtschaftlich tätigen Organisationen. Und danke, Detlef Ouart, endlich muss ich kein schlechtes Gewissen mehr haben, wenn mein Nachbar schon Rasen mäht, während ich noch „faul“ auf der Terrasse liege ...

Peter Zimmermann

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:

**INWO Versand
Sambach 180**

96178 Pommersfelden

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift „FAIRCONOMY“.

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von monatlich _____ €.

☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

☐ Ich kann monatlich nur 2 € zahlen.

☐ Ich kann monatlich nur 1 € zahlen (Bezug der Zeitschrift „FAIRCONOMY“ unter Vorbehalt).

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale (bei Anschriften in Deutschland).

☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.

☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung & Versand in Deutschland: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift



Sylvia Führer:

Die Münze Nuria

Dieser einzigartige Märchenroman für Menschen ab 8



Jahre vermittelt aus einer völlig neuen Perspektive den spannenden und verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Spielerisch werden die Leser mit der Funktion des Tauschmittels vertraut gemacht. Zahlreiche farbenfrohe Illustrationen von Fabienne Rieger machen die Erzählung zu einem anregenden Familienvergnügen.

Froh & Frei Verlag 2007, 111 Seiten, 14.90 €

Jürgen Probst:

Perspektiven fließenden Geldes Ein Spaziergang durch unser Währungssystem



Sehr gut lesbar stellt Jürgen Probst unser problematisches Währungssystem und Lösungsperspektiven vor. Mit erfrischender Leichtigkeit hat sich der selbständige Handwerker und Unternehmer dieses anspruchsvollen und bedeutungsvollen Themas angenommen. Dabei weist der Autor deutlich darauf hin, dass

er nur ein Appetithäppchen liefern kann. Der wirkliche Hunger wird durch die weitere Beschäftigung mit diesem wichtigen Thema gestillt. Und genau dazu regt diese kostengünstige INWO-Broschüre an.

INWO 2006, 72 Seiten, 3.50 €

Zeitschrift zum Verteilen:

FAIRCONOMY



Die aktualisierte Neuauflage der ersten Ausgabe der FAIRCONOMY ist ein Sonderheft, das vor allem für Einsteiger gedacht ist. Mit einem neuen Quiz, leicht verständlichen, zeitlosen Texten und vielen bunten Illustrationen werden die Themen der INWO angesprochen und unsere Arbeit vorgestellt. Das Heft

ist durchgehend farbig und eignet sich hervorragend zum Verteilen oder Auslegen.

10er Pack, 1,50 € (nur Porto- und Versandkosten!)

Hörbuch von Klaus Popp:

Das Märchen vom guten Zins

Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Klaus



Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf. Der Zins macht Reiche reicher und Arme zahlreicher. Er ist die Wachstumspeitsche, die uns nicht zur Ruhe kommen lässt. Wer diesen Mechanismus versteht, gewinnt die Zuversicht, dass wir etwas daran ändern können.

4 Audio-CDs + 16-seitiges Booklet mit Grafiken

Laufzeit ca. 5:06 Stunden, RADIOROPA Hörbuch 2007, 19.80 €

Bio-T-Shirt für Frauen



Der Hingucker aus kontrolliert biologisch angebauter Baumwolle. Beidseitig bedruckt – vorne mit „70% WOLLE / 30% ZINS“, hinten mit „www.INWO.de“. Die T-Shirts für Frauen sind speziell geschnitten und in den Farben Dunkelblau, Rot, Schwarz und den Größen S, M sowie L erhältlich.

11 €

**Weitere Angebote finden Sie unter <http://www.INWO.de/Shop>.
Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!**